

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementpreis mit Luft, Postage „Voll u. Zeit“ frei Haus für die Zeit vom 11. bis 17. Mai 45 Goldpfennige. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstr. 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf., Werksammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle.
905 nur Redaktion.

Lübecker



Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 112.

Mittwoch, 14. Mai 1921.

31. Jahrgang.

Der Umschwung in Frankreich.

Poincares Ende. — Auch Millerand geht?

Paris, 14. Mai. (Eigener Bericht.)

Raymond Poincare hat seine Kollegen über die äußere Lage unterrichtet. Der Ministerpräsident hat dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, daß er die Absicht hat, schon am 1. Juni die Gesamtemission des Kabinetts zu überreichen. — Der nächste Ministerrat ist auf den 22. Mai angesetzt.

Aus Kreisen, die dem Präsidenten der Republik nahe stehen, verlautet, daß Millerand Herriot mit der Bildung des neuen Kabinetts und zwar eines Kabinetts der Linken beauftragt wird. Ob Herriot einen derartigen Auftrag ohne Vorbehalte annehmen wird, ist vorläufig noch fraglich.

In französischen politischen Kreisen erhält sich hartnäckig das Gerücht, Millerand sei entschlossen, vom Präsidentenamt zurückzutreten. Eine Bestätigung dieses Gerüchtes war bisher nicht zu erlangen.

Dr. L. Lübeck, 14. Mai.

Der Stimmzettel der Demokratie hat Poincare erschlagen. Ein Alpdruck ist von dem geschundenen Rücken Europas genommen.

Nicht nur Poincare und seine Politik liegen im Abgrund. Daneben liegen mit verdunkeltem Gesicht auch der Kriegsschrei, der geklingelte Haß, die tönende Fanfare der Kriegervereine und Offiziersbünde.

Das französische Volk hat sich auf seine alte politische Tradition, auf seine Ideale der Demokratie und der Freiheit besonnen. Das andere Frankreich hat sich zum Wort gemeldet.

Sechskündig man sich über eins nicht: Mehr als die großen Fragen der Außenpolitik, mehr als der Wille zu einer Verständigung mit Deutschland waren es innerpolitische Gründe, die Poincares und des nationalen Bloks Grab schaufelten.

Immerhin kämpften und siegten unsere Genossen und die mit ihnen vielfach kartellierten Linksdemokraten unter der Parole: Friede! Friede mit Deutschland! Friede in der Welt!

Es wurde in den letzten vier Jahren in Deutschland schrecklich über Frankreichs Politik geschimpft. Nicht nur in Kriegervereinen — die leben von so etwas. Auch in ernstzunehmenden politischen Kreisen. Wir waren von allem Anfang an der Meinung, daß die bekannte Politik des Poincarismus eine absolut zwangsläufige Auswirkung der Kriegs- und Siegeswelle war, die das französische Volk aus den Geleisen der Vernunft geworfen hatte. Dagegen haßte kein Schimpfen — nur die Zeit und die Vernunft auf der anderen Seite konnten helfen. Und als in Cannes Briand über die Fallstricke der Millerand und Poincare stolperte, da machte der „Volksbote“ darauf aufmerksam, daß die nationalpolitische Sturmflut naturnotwendig in sich selbst austoben müsse.

Mit den Wahlen 1919 trat es in die Erscheinung. Millerand gründete den nationalen Bloß. Die Formel Poincares, „daß nur die Befreiung des Ruhrgebietes Frankreich den Frieden sichere“, hypnotisierte das französische Volk. Von 660 Kammermitgliedern bekannten sich über 500 zum nationalen Bloß.

Millerand wurde auf dem Präsidentenstuhl Poincares Nachfolger. Sein Nachfolger als Ministerpräsident war der schwächliche Leygues, der nach kurzer Regierungstätigkeit Briand Platz machte. Briand, der innerpolitisch weiter links stand als Poincare, und auch als Millerand, außenpolitisch aber durchaus die Ziele des nationalen Bloß verfolgte, nahm in den ersten Wochen seiner Amtszeit an der bekannten Konferenz in Washington teil. Weltverständnis und Weltabstrümpfung war das tönende Thema mit dem bescheidenen Erfolg.

Immerhin. Briand erkannte den Umschwung in der Stimmung der Welt. Washington wurde sein Damaskus. Nicht mehr als Saulus — als Paulus ging er nach Cannes. Und suchte mit vorsichtigen Händen den Faden der Verständigung mit Deutschland zu spinnen. Aber die Biene war noch nicht reif — noch herrschte der rasselnde Säbel der Kriegervereinsvorstände im Geiste Frankreichs. Poincare hielt scharfe Kammerreden gegen seinen alten Feind. Und schließlich griff der Präsident Millerand selbst ein. Die Konferenz wurde abgebrochen. — Briand stürzte. Poincare wurde Ministerpräsident.

Die Politik der starken Faust begann. Die Konferenz von Genoa brachte die Verständigung auch nicht. Dazu kam dann noch der Umschwung in Deutschland, Ungebuld und nationalpolitische Phrasen verdunkelten da ebenfalls die Vernunft. Rathenau war niedergegeschossen! Wirth mußte abdanken. Cuno kam! Poincare aber triumphierte. Er konnte seine Ruhrpolitik in Szene setzen.

Poincares Ruhrpolitik war sein Glück und auch sein Ende. Dem französischen Volke hatte er vorgeredet, es gelte nur die Schatzkammer Deutschlands zu besetzen, es gelte nur das schlagende Herz des deutschen Wirtschaftskörpers in Händen zu halten, und

Frankreich sei geholfen: es sei gesichert gegen deutsche Revanche, und es werde dann ein Leichtes sein, die nötigen Gelder für Frankreichs Aufbau nach Frankreich zu leiten.

Poincares Tragik war, daß er dem französischen Volke statt Beruhigung neue Unruhe brachte, daß er Frankreich größere Ausgaben aber kleinere Einnahmen brachte. Erfolg: Steuerfahrbau! Niedergang des Frankens!

So flatterte Enttäuschung über die lachenden Gelder des französischen Landes. Und die Verkünder der alten Ideale, der Freiheit und der Demokratie konnten Bresche schlagen. Der Sozialismus richtete wieder seine Fahnen auf. Und die alten Freiheitskämpfer der linken Demokratie, die Nachkommen der Revolutionäre von 1789, die Träger der Ideale von Mirabeau und Danton, die erbitterten Feinde der alten Reaktion und des modernen Militarismus, sie eroberten schrittweise den Boden zurück für die alte französische Demokratie.

Das Kommando: Das Erbe des Krieges und Poincares liegt vor. Jede kommende Regierung wird dieses Erbe zunächst verwalten müssen. Die Ruhrbesetzung ist eine Tatsache, die als Einfluß Frankreichs gewertet wird. Die gewissen Erfolg bringen muß, gewisse Gegenleistung nach sich ziehen muß, um anständig beendet werden zu können. Ein bedingungsloses Zurückziehen der Truppen ist auch für das heutige Frankreich eine glatte Unmöglichkeit. Die kommende französische Regierung hat viel wichtigere Aufgaben: Finanzreform, Finanzreform, Finanzreform. Frankreich steht finanziell am Rande des Abgrunds.

Dann allerdings wird diese neueste Regierung auf dem schnellsten Wege zu einer Verständigung mit Deutschland kommen müssen. Bei beiderseitigem guten Willen muß es möglich sein. Der kommende französische Ministerpräsident wird in dem englischen Führer Macdonald einen Mitspieler haben, der ihm die Türen zum Weltfrieden so öffnen wird, daß auch Frankreichs Interessen dabei gewahrt werden.

Der alte Friedenspolitiker der „Coe Nouvelle“, Victor Bache, erhebt mahnend seine Stimme. Spricht zur kommenden Regierung der Linken, sie möge den Mut zu der Politik finden, für die am Sonntag sich die Mehrheit des französischen Volkes ausgesprochen habe. Es dürfe kein Zaudern und kein Zögern, kein Schwanken und kein taktisches Manövrieren mehr geben. Ueber die Beziehungen zu Deutschland schreibt er: Das demokratische Frankreich verlangt von Deutschland gerechte Reparationen. Dafür aber sei es bereit, ihm die Hand der Versöhnung entgegenzustrecken, ihm zu helfen, seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit wiederzugewinnen und ihm die Tür zum Völkerverbande aufzuschließen. Bisher habe Deutschland für seinen Widerstand gegen die Politik der Erfüllung in den Methoden Poincares eine gewisse Entschuldigendung gehabt. Das aber werde künftig nicht mehr der Fall sein. Die neue Kammer sei für eine Politik der Versöhnung, aber diese Tendenz müsse ein Echo in Deutschland finden.

Wer an der Spitze der neuen Regierung stehen wird? Wird Briand gleich mit beiden Beinen in den neuen Strom springen? Oder wird er noch abwarten? Aus Angst vor der doch noch sehr heißen Ruhr- und Reparationsfrage?

Wird Herriot, der großschlächtige Bürgermeister von Lyon, der typische Vertreter des radikalen Kleinbürgers aus dem französischen Süden, der kommende Mann sein? Werden nicht Großhaushaltsgewisse und Großfinanz ihre vielen Minen gegen diesen Vertreter der alten französischen Revolutionsdemokratie springen lassen?

Und Millerand, der Präsident der Republik? Wie wird er sich verhalten, nachdem seine Politik in Scherben liegt? Wird er wirklich abtreten, wie einige Nachrichten besagen?

Die nächste Zukunft wird manches entscheiden, was für Frankreichs, aber auch für Deutschlands Zukunft Lebensfrage ist.

Die französischen Wahlen bringen auch in die deutsche Politik neue Wirren. In England hat die Vernunft gestiegt, in Frankreich hat die Vernunft gestiegt, nur in Deutschland bestimmt die Unvernunft die Stunde.

Der Sinn der Reichstagswahl ist es zweifellos, daß die Partei der deutschnationalen Unvernunft Gelegenheit bekommt, vernünftig zu werden oder abzuwirtschaften.

Aber — aber — darf der deutsche Reichstag die ganze Aussicht auf Verständigung nach solchem Wahlausfall in Frankreich aufs Spiel setzen? Darf er seine Hand dazu bieten, daß nationalitätlicher Paukenschlag in Berlin aufs neue das französische Volk auf die andere Seite schiebt?

Die Entscheidung ist schwer, schwer. Und erst die Entwicklung wird Klarheit bringen.

Möge unserm armen gequälten Lande, unserm halb verzweifelten Volke endlich Aussicht werden auf besseren Morgen. Und mögen ihm neue Prüfungen und Enttäuschungen für nichts und wieder nichts erspart bleiben.

Nicht die Kriegervereine müssen sein, sondern das Volk muß leben.

Die Stilllegung des Ruhrbergbaus.

Von Kurt Wurbs (Bachum).

Im Ruhrgebiet liegen sämtliche Zechen mit 450 000 Arbeiter sind erwerbslos. Die großen Montanwerke künden ihren Belegschaften Feierlichkeiten an, die Straßen der Städte sind, ähnlich wie während des passiven Widerstandes, ohne Gasbeleuchtung und in den Familien herrscht bitterste Not. Niemand weiß heute, und was vielleicht morgen schon die Franzosen unternehmen werden, die auf ihren Scheitern pochen und die Lieferung der Reparationskohle verlangen.

Mit dieser Aussperrung, der bewußt und planmäßig den Unternehmern zugestimmt worden ist, ist der Kampf der deutschen Arbeiterklasse um Lohn und Arbeitszeit in ein neues Stadium eingetreten. Ihre ersten Schritten liegen allerdings schon weit zurück. Kurz nach der Beendigung des passiven Widerstandes, am 6. Oktober, faßten die Bergbauindustriellen den bekannten Beschluß von Anna, der die Gewerkschaften und ihre Tarife, Löhne und Arbeitszeit mit einem Federstrich zu beiseite zu werfen sollte. Damals war Stinnes noch das führende Haupt, aber er saß seinen Getreuen mühen sich wenige Tage später nach dem bequemeren, in Verhandlung mit den Gewerkschaften einzutreten und das Diktat von den Zechentoren verschwinden zu lassen. Jedermann wußte indes, daß die geächtete Kastaube bei nächster Gelegenheit wiederholt werden würde, und es scheint, daß dieser Augenblick jetzt gekommen ist.

Die Zechenindustriellen erklären, es sei notwendig, die Löhne der Arbeiterklasse herabzusetzen, dafür aber die tarifliche Arbeitszeit von 7 auf 8½ bzw. von 8 auf 10 Stunden auszuweiten, weil die Mißumverträge den Ruhrbergbau angeblich bis zur Unrentabilität belasten. Dabei aber wissen die Unternehmer nur zu genau, daß ihre Selbstkostenberechnungen ergehe Fehler enthalten und die Rentabilität der Zechen heute als problem angesehen werden kann, und sie wissen weiter, daß die Löhne der Bergarbeiter seit langer Zeit weit unter dem Niveau anderer Berufe liegen. Außerdem weisen selbst die amtlichen Statistiken noch, daß die Arbeitsleistung der Bergarbeiter den Lebensstandard beinahe erreicht hat, was wohl in keinem anderen Kohlenproduzierenden Lande der Welt der Fall ist.

Das Antreibersystem, was die Unternehmer während der letzten Monate rücksichtslos zur Anwendung gebracht haben, der unbedingte Herr-im-Hause-Standpunkt des Zechenkapitals mit all seinen Folgen hat zu einer maßlosen Erbitterung der Arbeiterklasse geführt. Das Ergebnis der Reichstagswahl ist nur ein Symptom jener Wut, von der die Massen hier erfaßt sind. Diese Erbitterung, die ihren Anfang nahm, als Stinnes und Klöckner die Franzosen um die Befreiung des Ruhrgebietes beizulegen und die Arbeiter erkannten, welcher Verstoß an ihnen verübt wurde, mußte sich im weiteren Verlauf der Verhandlungen bis zur Explosion steigern.

Das Zechenkapital erklärte sich durch die Annahme der Mißumverträge zur Erfüllungsbereitschaft bereit — aber die Arbeiter trugen die Kosten. Und die Arbeiter, erstickt von den Opfern langer Arbeitslosigkeit beugten sich. Löhne und Arbeitszeit wurden im Sinne der Zechenbesitzer geregelt, die Ausbeutung beispiellos gesteigert. Die Unglücksfälle nahmen im selben Verhältnis zu wie die Verelendung wuchs. Als endlich die Zechen unrentabel geworden, reichten die Verbände Lohnforderungen ein. Das war am 27. März. Auf diese Lohnforderung, die 30 Prozent betrug, antwortete am 28. März ein Rundschreiben des Zechenverbandes, in welchem die Unternehmer für niedrige Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit und Einbeziehung der Arbeitsfrage in den Manteltarif eintraten, während die Verbände erklärten, daß die Frage der Ueberarbeit ausschließlich als besondere Vereinbarung betrachtet werden dürfte. Die Unternehmer erklärten am 29. März, jede Verhandlung über eine Lohnerböschung müsse von ihnen abgelehnt werden, der Bergbau sei unrentabel. Das selbe verjuchten sie zur selben Zeit den Franzosen zu beweisen, mit denen sie sich in Verhandlungen wegen der Mißumverträge befanden. Indessen erklärten sie sich später zu Verhandlungen doch bereit und reichten am 4. April Abänderungsvorschläge zum Rahmentarif ein, der am 1. Mai abließ. In diesen Vorschlägen war die Befreiung der Siebenjügendensicht, die Herabsetzung des Mindestlohnes, gänzlicher oder teilweiser Fortfall sozialer Zulagen und anderes mehr vorgesehen. Die schleppenden Lohnverhandlungen wurden endlich am 23. April durch einen Schiedsspruch beendet, dessen Ergebnis die Arbeiter, um nicht neue Schwierigkeiten über das Ruhrgebiet kommen zu lassen, trotz eines scharfen Protestes annahmen. Nicht so die Unternehmer: sie lehnten den Schiedsspruch als untragbar ab und erklärten, sie auch dann nicht ihm beugen zu wollen, wenn er für verbindlich erklärt werden sollte.

Inzwischen war auch die Frage der Arbeitszeit und des Rahmentarifs in ein entscheidendes Stadium getreten. Am 24. April erfolgte die Kündigung des Ueberarbeitsabkommens durch die Arbeiter, dem die Kündigung der Unternehmer auf dem Fuße folgte. Verhandlungen am 26. April blieben erfolglos, worauf am 28. April durch das Zwangsschlichtungsverfahren ein Schiedsspruch gefällt wurde, der die Arbeitszeit unter Tage wiederum auf acht Stunden festsetzte und weiter bestimmte, daß die verlängerte Arbeitszeit bis zum 8. Oktober Geltung haben sollte. Um den Parteien genügend Frist für die Rahmentarifverhandlungen zu geben, wurde der alte Tarif bis zum 1. Juni verlängert.

Dieser Schiedsspruch wurde von den Verbänden am 30. April durch Revierkonferenzen abgelehnt. Die Bergarbeiter erklärten, sie würden erst dann über eine eventuelle Ueberarbeit zer-

Handeln, wenn vorher der Manteltarif und die Fragen der Knappschaftsangelegenheiten zur Erledigung gebracht würden. Im übrigen wurden durch einen Aufruf vom 3. Mai die Bergarbeiter aufgefordert, nach 7 bzw. 8 Stunden die Betriebe zu verlassen, weil das vorschrittsmäßig gefälligte Mehrarbeitsabkommen am 1. Mai abgelaufen und nunmehr die alte tarifliche Arbeitsordnung wieder in Kraft getreten war, welche die Schichtzeit für die Untertagearbeiter auf 7 Stunden begrenzte. Schon am 1. Mai hatte der Zechenverband die Arbeitsordnung zum 31. Juli gefälligst, worauf zu erwarten war, daß er bis dahin sich dem Tarif unterordnen werde. Das geschah jedoch nicht, vielmehr ließ er plötzlich bekanntgeben, daß trotz des abgelaufenen Ueberarbeitsabkommens länger gearbeitet werden müsse. Nach seiner Ansicht bestand die Mehrarbeit auch jetzt noch zu Recht, welcher stannenswerten Auslegung der Arbeitsordnung sogar Dr. Brauns betrat, der am 3. Mai den Schiedsspruch vom 28. April nicht nur noch wesentlich zuungunsten der Arbeiter verschlechterte, sondern seinen Entschluß maßlos auch für verbindlich erklärte. Diese unglaubliche Entscheidung — am Vorabend der Reichstagswahl! — mußte den Konfliktstoff zur Entzündung bringen. Die Unternehmer frohlachten und riefen zur Ausperrung, die Verbände beriefen sofort neue Revierkonferenzen zusammen, nachdem sie vorher in einem neuerlichen Aufruf die Bergarbeiter aufgefordert hatten, nicht länger als 7 Stunden zu arbeiten, weil lediglich die Arbeitsordnung bis zum 1. August Geltung habe, nachdem der Manteltarif und das Arbeitsabkommen abgelaufen waren. Der verbindliche Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers wurde durch die Revierkonferenzen am 5. Mai von den Verbänden abgelehnt, worauf noch am selben Tage die Zecheninspektoren sämtliche Schächte füllten und die Arbeiter auf das Pflaster warfen.

Die Kommunisten benutzten diesen schweren Kampf der Bergarbeiter, um auch an ihm ihre politische Bettelkappe zu wärmen. Eine Revierkonferenz der „Union“ hat am 5. Mai den Generalstreik beschlossen, welche Tatsache von der Unternehmenspresse entsprechend behandelt wird. Die Blätter des Grubenkapitals versuchen, den von den Unternehmern heraufbeschworenen Kampf als eine Folge der Launen der Gewerkschaften darzustellen, die angeblich den „Streik“ wollten. Dabei handelt es sich hier um keinen Streik, sondern um eine gigantische Ausperrung mit dem Ziele, den Achtstundentag auf der ganzen Linie endgültig zu beseitigen und die Lebenshaltung der Arbeiter auf ein unerträgliches Minimum zu reduzieren.

Voraussetzlich werden heute oder morgen schon neue Schlichtungsverhandlungen stattfinden. Der Reichsarbeitsminister befindet sich bereits im Weiten und man kann nur wünschen, daß ihm eine bessere Einsicht kommt als am 3. Mai, und daß es gelingt, den gewaltigen Kampf zu beenden, noch ehe die Folgen eine neue Katastrophe über das vielgeprüfte Ruhrgebiet gebracht haben.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Die Rechtslage.

So sum, 13. Mai.

Reichsminister Reichlich kehrt in fortwährender Fühlungnahme mit den Zecheninspektoren und den vier Bergarbeiterorganisationen, um durch unparteiliche Vorbesprechungen den Weg zu schnellen und erfolgreichen Verständigungsverhandlungen, die am Mittwoch beim Reichsarbeitsminister stattfinden werden, zu ebnen. Der Verlauf der letzten Verhandlungen zwischen Unternehmern und Bergarbeitern zeigt, daß die Parteien den formellen Rechtsdruck in den Vordergrund rücken. Die Auffassung der Bergarbeiterorganisationen über den Rechtsstandpunkt ergibt sich aus folgender Darlegung:

Die bei den gestrigen Verhandlungen abgegebene Erklärung des Zechenverbandes stützt auf einer mit den tatsächlichen Verhältnissen in Widerspruch stehender Auslegung der Rechtslage. Wir müssen nochmals betonen, daß für die Unternehmer eine Rechtsgrundlage für die Maßnahme der Ausperrung nicht gegeben war. Am 3. Mai wurden bei den Verhandlungen in Hamm die beiden Schiedsprüche vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Da mit der Verbindlichkeitsklärung gleichzeitig eine Abänderung der gefälligen Schiedsprüche erfolgte, konnte die ausgesprochene Verbindlichkeitsklärung nach dem klaren Wortlaut des § 25 der zweiten Ausführungsverordnung über das Schlichtungsverfahren vom 29. Dezember 1923 erst dann in Kraft treten, wenn beide Parteien der Abänderung zustimmten hätten. Eine Partei, die der Arbeitgeber, stimmte sofort zu, während die Partei der Arbeitnehmerorganisationen sofort Revierkonferenzen einberief, die Stellung zu dieser veränderten Sachlage nehmen sollten. Noch ehe diese Konferenzen für Dienstag, den 6. Mai, einberufen waren und sich zur Zustimmung oder Ablehnung auszusprechen konnten, ließen die Unternehmer einer großen Anzahl von Zechen die Bergarbeiter, die vor Stellungnahme der Konferenz die Verbindlichkeitsklärung nicht anerkannten, aus. Dieses Vorgehen stellt den Rechtsanspruch der Zechenbesitzer dar, der sehr wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Revierkonferenzen vom Dienstag, dem 6. Mai, die Verbindlichkeitsklärung nicht anerkannten. Mit dieser Nichtanerkennung war die Rechtslage so gelagert, daß eine der Parteien der erfolglosen Abänderung der Schiedsprüche nicht zustimmen konnte. Damit war auch keine Möglichkeit gegeben, die Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministeriums als rechtsgültig anzuerkennen.

Gasmangel — Notstandsmaßnahmen.

Essen, 13. Mai.

In den letzten Tagen ist die Brennstofflieferung des Gaswerks so stark zurückgegangen, daß eine ordnungsgemäße Gasversorgung nicht möglich ist und für einige Stunden am Tage die Abgabe von Gas gezwungen werden mußte. Der Gasmangel macht sich auch in anderen Städten, so in Soest, Herne, Dortmund bemerkbar.

So sum, 13. Mai.

In zahlreichen Städten des Ruhrgebiets haben die Ausgesperrten mit den städtischen Wasserversorgungsbehörden Verhandlungen über eine Notstandsmaßnahme eingeleitet. Die Vertrauensleute der einzelnen Schächte sollen zunächst die Durchführung der Notstandsmaßnahmen gemeinschaftlich mit den Vertretern der Schächte übernehmen. Zunächst sollen aus den Wasserleitungen an die Ausgesperrten Speisen gratis abgegeben werden. In Dortmund werden die Ausgesperrten bereits aus den Wasserleitungen versorgt. Warmes Essen wird jedoch nur in ganz beschränktem Umfang nachgeholt. Verlangt werden täglich 12.000 Portionen fertiggestellt. In zahlreichen Städten des Ruhrgebiets wird am Mittwoch mit der Verteilung von Brot an die Ausgesperrten begonnen. In Gelsenkirchen, Ratingen, Soest, Homborn haben Besprechungen zwischen den Kaufleuten und den Betriebsräten stattgefunden, in denen Richtlinien für die Unterbringung der Ausgesperrten durch die Kaufleute vereinbart wurden. In den meisten Fällen erklärte sich die Geschäftswelt bereit, Lebensmittelkredite einzuräumen, die nach Wiedereröffnung der Arbeit schrittweise zurückgezahlt werden. Diese Kredite sollen nur in den notwendigen Fällen in Anspruch genommen werden. Die Unterhaltungsaktion des Gewerkschaftsbundes hat bisher sehr günstige Erfolge aufzuweisen.

Einmischung der Besatzungsbehörde.

So sum, 13. Mai.

Der Führer des Gewerkschaftsvereins Christlicher Bergarbeiter, Imbusch, in von den französischen Besatzungs-

behörden zu einer Besprechung geladen worden. Man neigt nicht fehl in der Annahme, daß die Besatzungsbehörde nunmehr doch gewillt ist, in den nun schon über acht Tage dauernden Streik einzugreifen.

Bergarbeiterkämpfe auch in Sachsen und Ungarn.

Dresden, 13. Mai.

Der Streik der Bergarbeiter im sächsischen Kohlengebiet hat weiter an Ausdehnung zugenommen. In dem staatlichen Steinkohlenwerk Zankerode sind die Besatzungen nur noch zum Teil eingezogen, worauf die Arbeiterhaft am Dienstag ausgebrochen wurde. Auch sonst hat sich die Zahl der Arbeitswilligen verringert. Die Notstandsarbeiten werden ausgeführt. Der Sympathiestreik der Heizer und Maschinisten hat ebenfalls an Ausdehnung zugenommen.

Völkische Provokationen in ganz Deutschland geplant.

Wie es in Halle war — und überall werden soll.

Der Skandal von Halle schreit zum Himmel. Will man recht ermessen, was dort gespielt wurde, dann muß man die tubelnden Berichte der „Deutschen Zeitung“ entgegen, die bekannt völkisch und demagogisch zu gleicher Zeit ist. Ihr Sonderberichterstatter gibt eine fesselnde Schilderung dessen, was er in Halle sah. So folgt er zum Preise der „nationalen“ Heerscharen:

„Gegen 10 Uhr begab ich mich hinaus zum Paradeplatz, der Bierereimbahn, die unten in den weiten Weiden des Saaleals liegt. Nur mühselig findet sich der Kraftwagen durch das Gedränge auf den Innenrängen. Eine Musikkapelle hinter der anderen, eine Formation hinter der anderen, Zuschauer, Studenten, dazwischen berittene Polizei und unendliche Autokolonnen.

Und dann eine Schilderung vom Denkmalsplatz: Dann rüdten die Fahnenabteilungen heran. Ein Wald von Fahnen und Standarten, an Zahl dreitausendsechshundertstärkig. Es ist ein überwältigender Eindruck, wie sie heranziehen in Scherzfront, geführt von den Halloren, es folgen Kriegervereine, Studenten, Stahlhelm mit seinen ungezählten alten deutschen Kriegssoldaten, die düsteren Banner des Wehrwols. Die bayerischen Abteilungen, vorzuziehen vor allem durch die „Reichsflagge“, aus Hof, die mit ihrer Kapelle eingetroffen ist. Der Jungdeutsche Orden mit ungezählten Kreuzbannern, die Jugendverbände. Wer sollte sie alle aufzählen können? Endlich ist der Paradeplatz wieder am Paradeplatz auf der Rennwiese. Man genieße seine Begeisterung: Auf hundert Musikkapellen schlagen an und die Ehrengäste beginnen die Fronten abzuschreiten. Ein Unternehmen, das nach fast halbtägigem Vorbeimarsch an den vier hundert Meter langen Fronten als ausrichtlos und undurchführbar aufgegeben werden muß. Es hätte stundenlang dauern müssen, hätten die Generale alle Fronten wirklich abschreiten sollen. So beginnt denn der Vorbeimarsch, der ganze drei Stunden dauert...

Stramm, begeistert ziehen die Männer vorbei. Bataillone, Regimenter, Divisionen, ganze Armeen. Aus allen Teilen Deutschlands sind sie zusammengereimt, immer nur kleine Beteiligungen. Völkisch wohl nur aus der Gegend von Halle und dem näheren Mitteldeutschland. „Machtung! Augen rechts!“ Und die Peine fliegen, oft in rührender Begeisterung. Die Jungen und Jüngsten reißen die Knochen auseinander. Die Führer grinsen. Der Jungdeutsche Orden zieht mit seinem Ordensgruß vorüber, die rechte Hand aufs Herz gelegt. Und schließlich als die Sonne schon ganz tief steht und die Abenddämmerung durch die Saalweiden schwebt, tritt als Schluskolonne der Hallenser Stahlhelm zum Vorbeimarsch an.

Beim Heimmarsch erlebt der Mann das große Wunder: „Den im Tausch davonfahrenden Ehrengästen, insbesondere dem Prinzen Oskar und all den anderen weltkriegserprobten Generälen“ werden Huldigungen dargebracht. So ist der Oskar auch noch zum General geworden, was er als einer aus der seltenen deutschen Familie, die seinen einzigen Sprößling im Weltkrieg verlor, mit Lieberachtung lesen wird.

Bekanntlich war das Tragen von Fahnen im Umzug verboten; aber die Polizei, die sich mitten im Umzug befand, hat anheimend nicht eine der 3649 Fahnen gesehen. Ein trauriges Vergehen der republikanischen Behörden läßt sich kaum denken. Da ist es kein Wunder, wenn die Reaktion, die einmal Blut geleckt hat, jetzt überall zu neuen „Deutschen Tagen“ rüft. Stände die Arbeiterhaft einig, so würde sie es nicht wagen; aber seitdem die Kommunisten den „Kampf auf Leben und Tod“ mit der Sozialdemokratie als einziges Ziel proklamiert haben, glauben sie nichts mehr fürchten zu brauchen. Das erklärt auch die Wahl Hales, der kommunistischen Hochburg für den „Luftakt“. Denn nur ein Luftakt sollte es sein, wie Wäles „Deutsches Tageblatt“ triumphierend verkündet.

Schon für nächsten Sonntag ist für Breslau ein neuer „Deutscher Tag“ angesetzt, diesmal hat aber das „Reichsbanner Schwarz-rot-gold“ rechtzeitig zur Gegenfundgebung aufgerufen. Auch die Behörden scheinen sich endlich aufzuraffen; sie haben den Nationalisten jede Kundgebung unter freiem Himmel untersagt. Damit ist die Gefahr natürlich nicht beseitigt. Auch für die Umgebungen von Berlin sind ähnliche Provokationen geplant. In diesem Herbe schlägt auch der für nächsten Sonntag in Schwerein geplante „Grenadiertag“, der mit großem militärischen Aufzug geplant ist. — Daß Herr Brandenstein etwas aus den Hallenser Vorkommnissen gelernt hat, ist ja nicht anzunehmen. Um so notwendiger wird es sein, daß unsere Genossen die Augen offen haben!

Die Wirkung im Ausland.

London, 12. Mai.

Die englische Presse veröffentlicht bereits am Montag ausführliche Berichte ihrer auswärtigen Korrespondenten über den „Deutschen Tag“ in Halle. Sie nimmt allgemein an, daß es sich offenbar um eine Provokation Frankreichs gehandelt habe. Ueberall wird die Frage gestellt, warum die republikanische Regierung eine Demonstration gegen die Republik überhaupt erst zulasse.

Der „Block der Mitte“.

Partei-Verhandlungen zur deutschen Regierungsbildung.

SPD. Am Dienstag haben zwischen dem Reichskanzler und dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei Verhandlungen über die Bildung des „Blocks der Mitte“ stattgefunden. Die Besprechungen werden Ende der Woche in Anwesenheit von Vertretern der Volkspartei fortgesetzt.

Die Tatsache der Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und dem demokratischen Parteiführer Koch bedarf deshalb einer besonderen Hervorhebung, weil die „Zeit“ am Dienstag abend tatsächlich den Mut zu der Behauptung aufbringt, der Plan, einen „Block der Mitte“ zu schaffen, habe niemals bestanden. Schlimmer kann die Wahrheit bewußt nicht auf den Kopf gestellt werden, und zwar bewußt deshalb, weil Herr Stresemann ein Hauptbeteiligter an den bisherigen Verhandlungen war. Er hat übrigens auch selbst die Veröffentlichung über die bestehende Absicht, einen Block der Mitte zu bilden, veranlaßt, um seine Fraktion, die am Mittwoch in Berlin zusammentritt, frühzeitig von den in Vorbereitung be-

findlichen parlamentarischen Plänen Kenntnis zu geben. Wtrogdem sein Organ, die Zeit, behaupten kann, niemals hab der Plan bestanden, einen Block der Mitte zu schaffen, bleibt uns unverständlich.

Uebrigens benützt auch die „Germania“, daß tatsächliche Verhandlungen über das in Aussicht genommene parlamentarische Gebilde geführt worden sind. Sie sagt: „Der Block ist ein Ausdruck des Verantwortungsbedürfnisses seiner Wähler und deshalb nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen.“ Als Vater kommen Reichskanzler Marx und Herr Stresemann in Frage. Nur die „Zeit“ will das nicht wissen.

Hitler befehlt.

Nieder mit dem Marxismus!

Nürnberg, 13. Mai.

Der ehemals freisinnig-liberale „Fränkische Kurier“ der durch die Umbeziehung seiner Münchener Vertretung die direkten Beziehungen zu den völkischen aufgenommen hat wurde zu folgender, von Hitler ausdrücklich gebilligten Erklärung ermächtigt: „Der Kampf, den die völkische Bewegung zu führen hat, geht nach dem Willen und der Ueberzeugung Hitlers gegen den Marxismus allein und alles, was damit zusammenhängt. Das große Endziel ist die Befreiung unseres Vaterlandes vom äußeren Feinde, die Voraussetzung dazu ist die Niederringung des marxistischen Geistes und der antinationalen Einstellung der von jenem erfaßten Deutschen. Unsere Aufgabe ist, die Gewinnung der marxistischen Volksteile für das deutsche Volkstum, nicht das Herüberziehen einzelner Nationaler aus anderen Lagern oder gar die Verschlingung anderer nationaler Parteien. Hitler will auch keinen Kampf gegen die Bayerische Volkspartei, im Gegenteil es genügt der Kampf gegen den Marxismus.“

Zur Beurteilung dieser Erklärung im „Fränkischen Kurier“ ist zu beachten, daß dieses Nürnberger Blatt seit den Landtagswahlen alle Hebel in Bewegung setzt, um eine Plattform zu schaffen, die den völkischen den Weg in die bayerische Regierungskoalition freimacht. Es kann deshalb keinem Zweifel unterliegen, daß diese Erklärung in erster Linie als Köder für die Bayerische Volkspartei gedacht ist. Daß Hitler jetzt so unvermittelt einer völligen Ausöhnung mit der Bayerischen Volkspartei das Wort redet — vorausgesetzt daß Hitlers Einwilligung zu dieser Erklärung tatsächlich vorliegt — und zwar in einem Augenblick, wo die völkische Presse aller Richtungen heftiger denn je den Kampf gegen die Bayerische Volkspartei führt, erreicht verwunderlich. Doch ist nicht unwahrscheinlich, daß dem Hochverräter in der idyllischen Ruh in Landsberg, bei der Betrachtung der Wahlsiffern ein Licht darüber aufgegangen ist, daß der Erfolg seiner fünfjährigen antimarxistischen Berufsdemagogie die reinste Sittphusarbeit gemein ist. Er sieht sich deshalb offenbar genötigt, die Zahl seiner Gegner abzubauen und Bundesgenossen für sein „Endziel“ zu werben, wo er sie findet. Das sollte an der Sache ist, daß ein wegen Hochverrat auf Festung Sitzender, von dieser Festung aus die Politik seiner Partei diktiert und andere Parteien beschimpfen darf. Man vergleiche damit das elende Los der wegen gleichen Vergehens in Niederschönenfeld sitzenden Kommunisten, die noch nicht einmal die politische Presse leser dürfen! Aber es ist ganz gut, daß wir ab und zu an die Schmach erinnert werden, die sich deutsche Rechtspflege nennt!

Für Revision des Friedensvertrages.

Vorstoß des amerikanischen Sozialismus.

Washington, 12. Mai.

Der einzige sozialistische Abgeordnete im Repräsentantenhaus Victor Berger, brachte am Montag im Repräsentantenhaus eine Resolution ein, Präsident Coolidge möge Bevollmächtigt und aufgefordert werden, eine Zusammenkunft der Signatarmächte des Versailler Vertrages nach Washington einzuberufen. Die Resolution soll den Friedensvertrag, den von Wilson proklamierten 14 Punkten entsprechend, revidieren, die von den Mittelmächten angenommen worden seien, als der Waffenstillstandsvertrag abgeschlossen wurde.

Berger erklärt in seiner Resolution weiter, daß die aus Newtrales bestehende Sachverständigenkommission aufgefordert wird, die Kriegsschuldfrage zu prüfen, und hierzu auch die von den Regierungen der Entente noch geheim gehaltenen Dokumente zu durchsichtigen. Weiter erklärt er, daß der Friedensvertrag in Wirklichkeit nur einen verkappten Krieg darstelle und 60 Millionen Deutscher zu dauernder Knechtschaft verurteile.

Die Aktion Victor Bergers geht auf den Hamburger Sozialistengreß vom Vorjahr zurück, wo er die gleichen radikalen Ansichten vertrat. Er stand damit im Gegensatz zu der Mehrheit der Versammlung, die sich mit Rücksicht auf die internationale Lage auf eine gemäßigte Erklärung einigte. Aus demselben Grunde hat Berger seine Aktion bis heute vertagt.

Wenn auch nicht damit zu rechnen ist, daß das amerikanische Repräsentantenhaus sich dem Vorstoß dieses einzigen Sozialisten anschließt — dafür ist in Amerika der Widerstand gegen die Menge nur in der verzerrten Form des Bolschewismus bekannte sozialistische Idee zu spät —, so sorgt Berger mit seinem Vorgehen doch dafür, daß die Frage des Versailler Friedensvertrages in Fluß bleibt, und wir können ihm dafür nur dankbar sein. Auch der Blickende muß mehr und mehr erkennen, daß der internationale Sozialismus die einzige Kraft ist, die unaufhörlich für den Frieden der Welt und für den Wiederaufstieg Deutschlands zu dem ihm gebührenden Platz unter den Nationen arbeitet.

Der deutsch-russische Konflikt.

Deutschland schlägt ein Schiedsgerichtsverfahren vor.

Die Reichsregierung hat der russischen Botschaft in Berlin am Dienstag Erklärungen und Vorschläge zugänglich gemacht, die zur Beilegung des Konfliktes über die Hausungung in der russischen Handelsgesellschaft in Berlin dienen sollen. Die Vorschläge laufen hauptsächlich darauf hinaus, ein Schiedsgericht aus Vertretern der beteiligten Parteien, also Rußland und Deutschland, einzusetzen. Das Schiedsgericht soll den Tatbestand klären. Als Tagungsort ist Berlin vorgezogen. Soweit Verletzungen von Rechten gegenüber Mitarbeitern der Handelsvertretungen erfolgten, die das Recht periodischer Exterritorialität genießen, bringt das Reichsaußenministerium seine Mißbilligung zum Ausdruck. In unterrichteten Kreisen der russischen Botschaft in Berlin wird angenommen, daß die Sowjetregierung sich mit der Einsetzung eines Schiedsgerichts einverstanden erklärt. Es ist also zu erwarten, daß der Konflikt bald seinen Abschluß findet.

Die Kölner Messe.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

SPD. Köln, 12. Mai. (Fig. Drahtb.)

Die Sonntagsfeierlichkeiten zur Einweihung der Kölner Messe sind vorüber. Heber die große Höhebrücke, von deren Pfeilern die republikanischen und päpstlichen Flaggen grüßen, geht schon in den ersten Montagmorgensstunden der Strom der Menschenleute. Am Sonntag war auf dem Gelände der ehemaligen Verbands-Ausstellung große Schaulust. Viel Volk, nach Johannaabend zu zählen, war da, um das jüngste Kind Kölns und seine wirtschaftliche Latenzkraft anzuschauen. Am Montag rüft man sich auf das erste Geschäft; Arbeit und Können treten in Erscheinung.

Wenn man das zähe Ringen der Aussteller, unter denen besonders die Vertreter des besetzten Gebietes zu erwähnen sind, um den kaufmännischen Erfolg belauscht und beobachtet, erscheint einem die Nachricht von dem Sonntagsezerz in Halle wie eine Kunde aus einer Welt, an deren Vorhandensein man nicht ohne weiteres glauben mag. Wir in Köln betonen den festen Willen, mit unseren Kontrahenten aus dem Verfallener Vertrag zur Verständigung zu kommen. In Halle dagegen ein über Radikalismus, der Gift im Körper des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft bedeutet, ein nationalisierter Kolonialkrieg, aus dem das Erwachen der Tausende, die ihm frönen, fürchtbar sein muß. Ebert in Köln, der den Weg zur Arbeit und zur Befreiung der besetzten rheinischen Lande weist, Ludendorff in Halle, der aufs neue verderbliche und putzschützliche Verdrängungen führt. — Besser kann nicht dargetan werden, welchen Weg das deutsche Volk gehen muß. In diesem Sinne ist die Kölner Messe Symbol.

Leider fällt sie in eine sehr schlechte Zeit. Die Geldnot hat sich aufs höchste gesteigert und durch die neueste Kreditbeschränkung der Reichsbank große Verschärfungen erfahren. Selbst großen Firmen macht die Aufbringung von verhältnismäßig kleinen Beträgen Schwierigkeiten. Natürlich läßt das den Geschäftsgang, obwohl an und für sich viel Kaufkraft vorhanden ist, die allerdings bei den Händlern aus dem Ruhrgebiet infolge der Aussperrung wesentliche Abschwächung erfahren. Im großen und ganzen kann die Ware nur durch die Gewährung von Krediten abgesetzt werden. Die Parteien, die von einer Hand zur anderen gehen und abgesetzt werden, sind verhältnismäßig klein. Leipzig, das ja bekanntlich noch ausgeprägt unter dem Einfluß der Rentenmarkt-Blutpumpe stand, brachte bereits ein Hervortreten des Kredits. Dabei diktiert aber der Verkäufer noch immer die Verkaufsbedingungen. In Köln ergibt sich ein ganz anderes Bild. Die Zahlungsfristen, die, abgesehen von größeren Geschäften, offiziell zwischen 10 und 30 Tagen liegen, haben durchweg eine Verlängerung erfahren, ohne daß sich der Verkäufer der Illusion hingibt, daß die Termine peinlich genau innegehalten werden. Das Geld ist so knapp und kommt so unregelmäßig ein, daß sich die großen Firmen bereits darauf eingestellt haben, über ihre Außenstände nicht buchmäßig, sondern in dem Maße, wie sie tatsächlich eingehen, zu disponieren. Der Käufer, der Detailist ist heute in der Vorkant. Das ist eine der wesentlichsten Erscheinungen der Kölner Messe.

Im Grunde genommen ist das der Ausdruck der infolge der unzureichenden Löhne schwindenden Kaufkraft, die den Innenmarkt gefähig erscheinen läßt. Die Kräfteverchiebung hat an und für sich eine gespannte Lage geschaffen, die für die Zukunft von Bedeutung sein kann und im Auge behalten werden muß. Dem Käufer wird, da die Banken mit wenigen Ausnahmen die Annahme von Akzepten verweigern, Kredit gewährt, den er durchweg nicht rechtzeitig abholt. Der Verkäufer ist so zwecks Beschaffung der notwendigen Mittel, soweit das überhaupt möglich ist, auf das teure Bargeld angewiesen. Die Kosten kann er aber nur schwer auf den Käufer abwälzen. Deshalb ist heute der Bankkredit für die Wirtschaft eine böse Sache, da er vor allen Dingen den Gewinn auffrischt und infolgedessen möglichst vermieden wird. Um so mehr verlangt man aber nach Kassagehälften und man ist bereit, bei sofortiger Bezahlung die Preise erheblich zu reduzieren. Schließlich gehorcht man aber einem wirtschaftlichen Zwange, da die Lager im allgemeinen, wie in den letzten Lieferfristen zum Ausdruck kommt, gestülft und finanzielle Verpflichtungen in großer Anzahl und im großen Umfange zu erledigen sind. Vielfach sind sie so dringend, daß die Verkäufer das vornehmen, was man sachmännisch als „schleudern“ bezeichnet.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sich diese in der Kölner Messe und auch anderswo bemerkbar machende Tendenz in ganz kurzer Zeit allgemein durchziehen und unser Wirtschaftsleben besonders in der Preisbildung normalisieren wird. Schon heute läßt sich der Einfluß der nahenden Krise, die man auch mit Schleuderkriege bezeichnen könnte und die mit mancher, den Produktionszwang befallender Existenz aufräumen wird, erkennen. U. a. hat sich in vielen Branchen im Gegensatz zu Leipzig der Preisstand dem im Auslande üblichen genähert, jedoch eine größere Wettbewerbssähigkeit mit dem Auslande, soweit die Preise in Frage kommen, festzustellen ist. Im Grunde genommen ist es also der teure Bankkredit, der die notwendige Vereinigung der Wirtschaft auslösen wird.

„Trodene“ Länder.

Bei Ausbruch des Krieges geschah in Rußland fast ein Wunder: Das Land der „unbegrenzten Unmöglichkeiten“ war wie durch die Berührung eines Zauberstabes, laut Mas des Zaren, trodenegelegt. Sieben Jahre lebte es so; bis im Jahre 1921 die kommunistische Regierung wieder alkoholische Getränke in gewisser Stärke zuließ. Im Januar 1919 war es nun ein anderer Staat, diesmal das Land der „unbegrenzten Möglichkeiten“, die Vereinigten Staaten von Amerika, das in dem 15. Zusage zur Bundesverfassung das nationale Alkoholverbot proklamierte. Das Gesetz war bereits im Jahre 1917 vom Kongress angenommen, mußte jedoch von drei Vierteln der Einzelstaaten ratifiziert werden. Im Januar 1920 ist es dann in Kraft getreten.

Ueber den Kampf der Alkoholgegner gegen die Alkoholinteressen, über die Durchführung des Gesetzes und seine mächerehaften gegenreichen Wirkungen berichtet in einem ebenso fleißigen wie anerkennenden Buche eine Deutsche — Martha Rüppelbusch. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren nicht nur ein von Alkohol verheutes Land. Die Profitgier der Alkoholinteressen und die ühlen Trinksitten machten sie auch zur Giftquelle für die Eingeborenen Amerikas und Afrikas. Neben dem unzulänglichen Versuch, durch das Lizenzsystem, das die Erziehung von Schankstätten durch große Beschränkungen und Lasten erschwerte, behauptete sich erfolgreich das einzelstaatliche Verbot sowie das Gemeindebestimmungsrecht, das einzelnen Gemeinden die Befugnis gab, den Alkoholvertrieb und -verbrauch zu unterlagen. Schon vor Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg war der Alkohol in der Hälfte der Einzelstaaten durch ein Prohibitionsgegesetz verboten. Der Weltkrieg gab jedoch den Alkoholgegnern eine mächtige Waffe in die Hand: das den Alliierten und den Vereinigten Staaten selbst so notwendige Getreide sollte nicht zu Alkohol verbraucht werden.

Trotz aller gegenteiligen Beschränkungen zeigen schon die wenigen Jahre des Alkoholverbotes, von welcher gegenreichen Wirkung es war. Die Umwandlung und Anpassung der Alkoholproduktion und des Alkoholhandels an die neuen Verhältnisse ging fast schmerzlos vor sich. Der Schaden wurde durch Erweiterung von volkswirtschaftlich nützlichen Produktionen mehr als wett gemacht. An Stelle der vielen Tausenden von Schanklokale entstanden Kaufläden. Die alkoholfreien Getränke bürgerten sich ohne weiteres ein; Theater, Tischspiele, Speisefotale, Pese- und Musikhallen, auch sportliche Veranstaltungen boten Ersatz für die Trinklöke. Der Handel mit Bedarfsartikeln nahm einen unerhörten Aufschwung, die Sparkassen füllten sich, die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und die Intensität der Produktion nahmen zu.

Außerordentlich war die Wirkung des Alkoholverbotes auf die Lebenshaltung und das Familienleben der Arbeiter sowie auf die öffentliche Wohlfahrt und die Kriminalität. Seine Wirkungen auf die Volksgesundheit, Kindererblichkeit, Geschlechtskrankheiten, Prostitution usw. sind gleich allen anderen Behauptungen des Buches, statistisch belegt. Die Voraussetzungen der Schwarzseher, daß der Konsum von verschiedenen Betäubungsmitteln und

*) Martha Rüppelbusch: Das Alkoholverbot in Amerika. Verlag von Dunder u. Humblot, München und Leipzig, 1923.

Devisen-Kurse.

Amlliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
Alles in Billionen Mark			
		13. Mai.	12. Mai.
Amsterdam	100 fl.	157,21	157,36
Buenos Aires	100 Fr.	1,385	1,385
Brüssel (Antwerp)	100 Fr.	19,95	20,05
Kristiania	100 Kr.	58,60	58,95
Kopenhagen	100 Kr.	71,62	71,62
Stockholm	100 Kr.	111,47	111,47
Helsingfors	100 Finn.	10,61	10,61
Rom	100 Lire	18,85	18,95
London	1 £	18,355	18,355
Neuyork	1 Dollar	4,19	4,19
Paris	100 Frs.	28,64	28,84
Zürich	100 Frs.	74,41	74,51
Madrid	100 Peseta	58,10	58,10
Portugal	100 Escudo	12,66	12,66
Japan	1 Yen	1,685	1,695
Rio de Janeiro	1 Milreis	0,475	0,485
Wien	100.000 Kr.	6,03	5,98
Prag	100 Kr.	12,48	12,48
Jugoslawien	100 Dinar	5,255	5,18
Budapest	100.000 Kr.	4,48	4,48
Bulgarien	100 Lewan	8,09	8,04
Danzig	100 Gulden	78,61	78,41

die Tätigkeit der geheimen Brauereien den Erfolg des Prohibitionsgegesetzes nichtig machen würden, haben sich nicht bewahrt.

Die Bedeutung des amerikanischen Alkoholverbotes geht über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus. Es gibt den Alkoholgegnern in der ganzen Welt einen mächtigen Anstoß. Der Kampf ist nicht leicht, da das internationale Alkoholkapital scharf über seine Interessen wacht. Es kann dem deutschen Arbeiter nur empfohlen werden, die Folgen des Alkoholverbotes in Amerika zu studieren und sich den Ansinnen des berühmten Erfinders Edison zunutze zu machen: „Das nützlichste Amerika wird der gefährlichste Konkurrent auf dem Weltmarkt werden.“ In der Zukunft wird es auch für die anderen Völker heißen: „Nüchternheit oder wirtschaftlicher Niedergang.“

Die amerikanische Agrarkrise.

Ein Hilfsgegesetz für die Landwirtschaft.

Aus Washington wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Das Hilfsgegesetz für die Landwirtschaft wird in der nächsten Woche vom Senat beraten. Es wird darin beantragt, eine Regierungsgesellschaft zu schaffen, die ermächtigt sein soll, den Ueberfluß an landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den Vereinigten Staaten zu einem garantierten Höchstpreis zu kaufen und zu einem niedrigeren Weltmarktpreis zu exportieren. Der Gesetzentwurf dürfte zu sehr stürmischen Auseinandersetzungen führen. Die Vertreter der Industrie behaupten, er werde die europäische Industrie in den Stand setzen, ihre Arbeiter billiger zu ernähren, als es der amerikanischen Industrie möglich sein wird. Er werde infolgedessen ein Dumping europäischer Erzeugnisse auf dem amerikanischen Markt ermöglichen. Trotzdem unterstützt die Arbeiterchaft die Landwirtschaft, die geltend machen, daß dieses Gesetz die Kaufkraft der Arbeiter auf das Niveau der Vorkriegszeit ermöglichen würde. Die Faltung des Präsidenten Coolidge ist noch nicht klar, denn man weiß, daß er grundsätzlich für die Unterstützung der Landwirtschaft eintritt, aber man glaubt, daß er diesen speziellen Gesetzentwurf bekämpfen werde. Immerhin bleibt es zweifelhaft, ob er sich zu einem Veto entschließen wird auf die Gefahr hin, die Unterstützung der landwirtschaftlichen Wähler bei den nächsten Wahlen zu verlieren.

Shrung Thomas Manns in England.

Thomas Mann weilte letzte Woche als Gast des Pen-Clubs in London. Auf dem Eilen, bei dem er sehr gefeiert wurde, hielt Galsworthy die Festrede. Der bekannte Historiker Gooch gab zu Ehren Thomas Manns einen Tee, zu dem auch der deutsche Botschafter erschien. Th. Mann soll von der Aufnahme, die er in London fand, sehr befriedigt sein.

Das Revolutionslönchen in Ruba.

Gegen den Präsidenten Jazas stehen jetzt etwa 5000 Rebellens unter Waffen. Die Zensurbeschränkungen verhinderten bisher ein klares Bild über die Vorgänge zu erhalten, doch scheint festzustehen, daß die bisherige Regierung, die die Unterstützung der Vereinigten Staaten genießt, noch die Oberhand hat. Auf die Reformforderungen der revolutionären Junta von Ruba antwortete der Präsident Jazas mit einer Proklamation, in der er die Unterwerfung der Aufständischen innerhalb einer kurzen Frist fordert. Als Antwort darauf wird eine Zunahme des Aufstandes, besonders im östlichen Teil der Insel, gemeldet.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate: Carl Luickhardt. Verleger: Carl Luickhardt, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



Kindertwagen

in unerreichter Auswahl (247) 70. — M. Bromcnaden von 54. — M. Klappertwagen von 17. — M an, finden Sie stets Blesfab - Sandwebe, Lübeck, Sandstraße 9.

Die letzte Grünweltersbach.

Roman von Oswald Bergener.

68. Fortsetzung.

Doch eben kam ihr der eisgraue-verwitterte alte Vater mit seinen vom Schlaganfall unfeier gewordenen Schritten unbeholfen eilend nach, und mit einem fürchtlichen Lachen um die leicht gerötete Nase überreichte er ihr einen Buch von gelben Himmelschlüsseln.

„Dies sendet deine Mutter zum Geburtstag!“ sprach er mit einer heiteren Feierlichkeit, wobei freilich seine Zunge nicht mehr die Kunst der wohlgeübtesten theatralischen Sprache besaß wie einst in früheren Waientagen.

Während nahm den Strauß, betroffen und erschüttert, wandte sich ab, und es quoll ihr heiß in die Augen.

„Des Himmels Schlüssel“, sprach er weiter mit beschwerter Zunge, „die Mutter bedarf ihrer nicht mehr, denn ihr war der Himmel von selber offen, als sie eintrat. Uns aber — mir aber — werden Schlüssel nötig sein, wenn die große Bühne da oben sich öffnen soll — was red ich da für Torheit — was brauchst du die Schlüssel zu den Wolken? Du hast ja die Schlüssel für die Erde in der Hand. Ich aber brauche nur die Schlüssel zur Hintertür —“

Er lachte fessam in sich hinein. Er sah nicht ihr bittres, leidvolles Entsetzen über des Vaters wunderliche Reden und nicht die heißen Tropfen, die die gelben Blumen benetzten, als sie das Antlitz darüber beugte.

„Bist du nicht auch an einer Hintertür, hinter einer Scheunentür geboren?“ sprach er weiter. „Es war im Schatten, im Winkel. Unser Herr Jesus ward auch in einem Stall geboren. Kann nicht die Sonne ausgehen über einem dunklen Weg für ein ganzes Leben? Und hinter der Scheunentür wieder untergehen? Dazu, mein Kind, bedarf es keines Zauberstoffs. Ich vermute, die Tür wird weit offen stehen, wie das zum heute für alle, die ausgehen und eingehen. Aber verzeih mir, meine Tochter, daß ich eilen muß. Ich will dich mit deiner Mutter dort empfangen — Wittrudlein —, weißt du noch, dort wo du einst geboren wurdest?“

Die Rede ließ ihm je länger je geläufiger aus dem Munde. Ein heitres Glanz lagerte in seinen eisgraun überbläuten Augen.

Mit einem zagenden Stottern im geängstigten und wieder wunderbar hoffenden Herzen horchte sie auf seine Worte und forschte furchtlos in seiner Miene, über die es hell wie Sonnenshimmer in Gemitternacht zog.

War dies nicht gleich einer feinen, leise heranschiebenden neuen Klarheit seines Blickes und seines Ausdrucks? Wie wun-

derlich auch die Rede war, schien nicht sein alter, lebendiger, feuriger Geist darin wieder aufzustehen und mit frohwühmiger Selbstverpottung darin umzugehen?

„Laß mich voranschreiten, meine Tochter,“ fuhr er fort, „ögere, vermeide, damit ich mich dort inzwischen mit dem Geist deiner Mutter verständige, wie wir deinen Geburtstag schmücken an der armen, seligen Stätte deiner Geburt!“

Ergriffen blickte sie in das heitere, bittende Lächeln des alten Mannes. Wie schön, wie liebenswert erschien er ihr auf einmal wieder, er, den das Unglück so eifern niedergebroschen hatte, daß er strachelte, als er sich, zu spät, noch einmal erheben sollte zu einem Glid des Alters.

„Geh, lieber Vater!“ sagte sie in heftiger Bewegung, und das fessame Spiel, in das er sich einwiegte, errüht auch ihre Seele mit seiner wehmütig heitren Sinnwegtäuschung der Wirklichkeit. „grüße die Mutter, wenn du zu ihr kommst, und sag ihr, bald komm ich nach —!“

Sie hatte die Hand auf seine Schulter gelegt. Er führte den Arm schüchtern um ihre schlanke, feste, aufrechte Gestalt, lenkte das graue, verwitterte Haupt und horchte mit grüblerischem Ernst auf ihre Worte.

„Bald kommst du nach —!“ sprach er mit dunklem Nachdenken vor sich hin: „doch — Kind — — nimm's nicht zu eilig — — viel Blumen stehen am Wege — — das Wasser braust dir begehrte Lieder — der Wald singt dir ehfrüchtige Liede — die Vögel rufen deinen Namen bis auf den ersten Gipfel — du trägst die Größe und den Ruhm mit dir auf diesem Wege — und ich — ich warte auf dich, und deiner Mutter Zauberargen warten auf dich geduldig im stillen Winkel am Scheunentor — — Und wenn es blüht — er fhrid nicht — denn so war es damals auch — — wenn's donnert — fürchte dich nicht — der Donner ruft die Geister der Erde auf, daß sie dich die schweren, feineren Stufen hinaufzuleiten auf die leuchtenden Finnen, auf denen nur die besten stehen — —“

Mit einer raschen Bewegung küßte er ihr die Stirn. Dann setzte er sich mit seinen leichtgelächmten Schritten mühsam rascher in Bewegung. Stehen bleibend, sah sie ihn in die Waldschatten schreiben und in der nächsten Nische des enogewundenen Tales verschwinden.

36. Kapitel.

Das letzte Gemitter.

„Was wird er nur wieder für eine Torheit beginnen!“ dachte sie und seufzte langsam und drängte ihre Gedanken mit verzweifelter Ohnmacht von dem ab, das sie aus den Schatten des Kurparis wie ein würdevolles Gespenst verfolgte. Von der friedlichen Einsamkeit des stillen Wirtschabades hoffte sie Erholung für ihn, und die Nähe der Schattenmühle — sie sollte wie ein freund-

liches Stücklein Heimat auf seine in Unordnung geratene Innenwelt lind und heilsam wirken. Mehr die dunklen Empfindungen eines raslosen Heimwehs als bestimmte Verstandeserwägungen waren ihr Führer gewesen, als sie mit dem kranken Vater nach seinem jähen Zusammenbruch die mühselige Wagenreise vom Felsberg herunter bis ins idyllische Bad Boll unternahm.

Jetzt mußte sie doch mit zerrissenem Herzen vor sich hinschleichen. Zuerst nicht aus seinem letzten Reden trotz aller Wunderlichkeit wieder sein reglamer Geist und seine lebendig gestaltende Einbildungskraft? Es hufchte ein flüchtiges Wolkenleuchten über ihre junge Seele, die im Schatten wandelte und selbst auf glänzenden Höhen im Dunkeln weinte.

„Jetzt wird er mir da, wo mich einst der Klapperstorch meinem Mütterle in den Schoß legte, irgendein heitres Stückchen seiner Phantasie austüteln als Geburtstagsweibe.“ kann sie mit ängstlich lachendem Humor und ließ sich auf einem mit dickem, weichem Moos gepolsterten Felsblock unter lauschigen Buchen am Wege nieder.

Des Wetters und der bangen Schwüle im Tale hatte sie kaum acht.

Die Drossel stimmte ihre Flöte in dem Frühlingswald. Die Sonne war lautlos gewichen. Der Himmel starrte in geistlos-fremdem Wolkengrau durch die grünen Kronen auf sie nieder.

Ein Fink schlug höher im Bergparst plötzlich hell und zornig erregt mit seinem Hämmerlein auf den klingenden Ambos und verfant erschrocken über seine Kühnheit wieder in Schweigen.

Fern und dumpf großte es zum erstenmal hinter den Waldbergen.

Wie die Königin der Waldnixen, die aus dicht bemoostem Buchenforst herunter ins Licht des Todes wandelt und den jungen, wilden Kiebes- und Schmutzgeheimnissen im Braulen des Wildbachs lauscht, so sah sie in inniger, blühender Ammut auf dem niederen Felsentron, die Hände um das Rite tastend, und träumte mit den süßen, braunen Augen müde wie eine sterbende Blume vor sich hin.

Ein beständendes Lächeln hufchte um ihre Lippen — so, als ob sie auf eine warme, zärtliche eindringliche Stimme horchte und ihr antwortete mit einem lieben Wort. Und das Haupt mit dem herrlichen dunklen Haar beugte sich, als verlangte es danach, die Stirn an ein starkes, hilfreiches Herz zu lenken und in seiner Liebe möglich, selig Schau zu suchen.

Mit dumpfem, feierlichem Murren sprach der düstere Himmel hinter den starren Bergen hervor drohend in ihre träumende Seele.

Sie erhob sich und blickte erwachend mit Schrecken und Sorge in die Wolken hinauf.

(Fortsetzung folgt.)

!! Heute !!

beginnt mein Total-Ausverkauf

wegen gänzlicher Aufgabe meines Geschäftes

Riesige Auswahl! :: Enorm billige Preise!

Mode-Salon Margarete Scheurenberg, Breite Straße 47

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

(2427)

Bringen Sie Ihre alte Uhr zum billigen Uhrmacher (2414) Sundeckstr. 32.

Tomaten
Pflanzen
(kräftig und abgehärtet)
Gartenstr. 6.

Strohputzungen
Blüthenputzungen
Solventor.
T. 2122.



FRIEDFISCH

die volksförmliche Fischnahrung!

Messe-Vorführungen an den Tagen 10. bis 15. Mai:

II. Fach- und Industrie-Ausstellung, Lübeck, Kolosseum, Stand 146-148 a.

In Deutschland neu! Friedfischherde In Deutschland neu!

vollständig geruchlos im Betrieb, auch zur Herstellung ölgebackener Konditoreiwaren verwendbar.

Kartoffelschälmaschinen und Kartoffelschneidpressen für pommes frites.

Ferner als Sonderheit auf Grund 50jähriger Erfahrungen:

Gasapparate für das Hotel-, Restaurations-, Bäcker- u. Konditorgewerbe

Askania-Werke A.-G., Dessau

vorm. Zentralwerkstatt-Dessau und Carl Bamberg-Friedenau.

(2420)

Die billigen
**la. Kernleder-
stüde**
für starke Sohlen in allen
Größen wieder vorrätig
bei
**Grimm Nachf.,
Schlammhaffstr. 6**

Nur aus Feingold ver-
arbeitete Verlobungsringe,
888, 585,
750 u. 900
gest., Paar
von 15 Mt.
an, gute
Wachstren
4 Mt., Taschens- u. Arm-
2018) handuhren, mod.
Schmuckstücken, echt silb.
u. gut verfilberte (90%)
Westecke empfindlich
Willi Westfaling,
Holsten-
straße

Billig!
Ausnahmetage
solange Vorrat reicht
Feinstes dän. Flomenschmalz
Pfund 66 Pfennig
Delikatessenhaus „Hansa“
Rudolf Cruß, Pfaffenstraße 14.

Billig!
Eleg. Damen-, Mädchen-, Herren-,
Knaben-Konfektion, eleg. Kleider-
stoffe, Bolles, Frottes, Echeviols,
Aussteuer, Wäsche, Karte und eleg.
Schuhwaren für Damen, Herren,
Kinder, Mandelker etc.
Ehlers & Reetwisch
Hoffenstr. 1 (2418) St. Petri 2 u. 4
Leichte Sommerkleidung.



Unsere Eigenfabrikate zeichnen sich durch Preiswürdigkeit und Güte aus. Genossenschaftler und sparsame Hausfrauen verwenden daher

nur „GEG“-Seifen

Zu beziehen durch:

Konsumverein für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H. (2413)

Spanetti

die beste Milch-Schokolade

Ausstellungsstand
Stadthalle

(2419)

Überall zu haben

Jensinet- Siköre

CARL HEESCH, HAMBURG 3
HANSA 3811 u. VULKAN 3564

Ausstellungsstand 133

im KOLOSSEUM

Ublersdorf. (2412) Morgen **Ball.**
Donnerstag

**Arbeiter-
Radfahrer-Bund
„Solidarität“**
Ortsgruppe Lübeck.
Sonnabend, 17. Mai
Gr. Frühlingsfest
im „Gewerkschaftshaus“
verbunden mit Kunst- u. Schweißreigen
Anfang 7 Uhr. (2426) Das Festkomitee.

Café Bernhardt
Fackenburger Allee 9.
Täglich nachm. Konzert.
2202) u. abds.: Konzert.

**Deutscher
Bettendungsarbeiter-
Verband**
(Ortsgruppe Lübeck).
(2439)

Trocadero
Schüsselbud. 4. F. 787

Verammlung
am Donnerstag, 15. Mai
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Arbeitszeit.
2. Innere Verbandsan-
gelegenheiten.
NB. Anschließend:
**Krankeentaffnen-
Verammlung**
Sitzung der Ortsver-
waltung 6 1/2 Uhr.
Die Ortsverwaltung.

**Stimmungs-
Konzerte**

Hania - Theater
Die letzten 4 Aufführungen
Mittwoch, Donnerstag,
Freitag, Sonnabend
8 Uhr 8 Uhr

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 6 Uhr nicht
7.30 Uhr:
Götterdämmerung
(mit Gästen).
Donnerstag, 7.30 Uhr:
Gastspiel Alice Verden,
Dresden in „Fräulein
Julie“ und „Mit dem
Feuer spielen“.
Freitag, 7.30 Uhr:
Carmen. (2435)

**„An de Eel von
de Steenitroot“**
Große Lokalposse
in 4 Akten (2443)
von F. W. Wroost.
Musik von Paul Blume.

Gas cbm 19 Goldpfg., Lichtstrom khw 60, Kraft
strom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit-
leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (2433)

Richard Schunck

Tel. 1040. Gartenbaubetrieb. Kirchenstr. 6.

**Obstbäume, Rosen
Beerensträucher, Schlingpflanzen
Koniferen, Heckenpflanzen
Ziersträucher**

Die Gärtnerei liegt 3 Minuten vom Bahnhof und lade ich zur
Besichtigung meiner großen Vorräte höflichst ein. 2416

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 14. Mai.

Die Abwehr der Arbeiterschaft.

In wenigen Wochen ist ein Jahrzehnt vollendet seit dem Beginn einer langen, schweren Leidenszeit für das deutsche Volk, insbesondere der Arbeiterschaft. Wohl ist der Krieg schon seit 5 1/2 Jahren beendet, allein seine wirtschaftlichen und sozialen Schäden werden wir noch viele Jahre hindurch verspüren. Die Freiheiten, die wir als Staatsbürger auf politischem, als Arbeitnehmer auf dem sozialen Gebiete aus dem Zusammenbruch angelesen haben, waren ungemein teuer erkauft und entbehren angesichts des Trümmerhaufens im Reich und des Drudes der Siegerforderungen von vornherein vielfach eines realen Wertes. Sie wurden daher in den eigenen Reihen, d. h. von der Masse der bis dahin indifferenteren materiell ebenso sehr überschätzt als ideell unterstützt. Soweit das Unternehmertum seine Zustimmung zu geben hatte, war diese teils unter dem ausgesprochenen Vorbehalt — für die Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung — erfolgt, wie unter dem unausgesprochenen Vorbehalt, zu gegebener Zeit wieder andere Saiten aufzuziehen. Die Lohnsteuer, die sich immer weiter verschlimmernde Wohnungsmangel, die ganzen Lasten und Entbehrungen sollen uns bleiben und noch wesentlich vermehrt werden; die wenigen Vorteile aber, insbesondere den Achtstundentag, will uns die mittlerweile wieder muntergewordene wirtschaftliche und politische Reaktion entreißen.

Zugegeben, daß den Kriegs-, Valuta- und Inflationsgewinnen der Unternehmer nicht unerhebliche Belastungen durch die Reparationsforderungen folgen sollen, die nicht wie die Steuerleistungen von den Besitzenden einfach umgangen werden können. Das ist jedoch für die Arbeiterschaft durchaus kein Grund, sich auch diese Lasten zu all den übrigen noch mit auf die Schultern packen zu lassen. Wollten wir dann erst einsehen, daß wir sie nicht tragen können, wenn wir darunter zusammengebrochen sind, dann wäre es zu spät, uns dagegen zu wehren. Die Abwehr muß jetzt geschehen. So schwer sie auch scheinen und sein mag, sie ist heute immer noch leichter als sie es übermorgen sein wird.

Die deutsche Arbeiterschaft wäre der kulturellen Vorteile des Achtstundentages, die heute noch manchem unbewußt sind, nicht wert, wenn sie nicht alles daransetzte, sie sich zu erhalten. Für die Unternehmer mag es als der einfachste, billigste und profitabelste Weg erscheinen, ihre Konkurrenzfähigkeit durch Verlängerung der Arbeitszeit und Verkürzung der Löhne zu erhöhen. Die Arbeiterschaft kann und darf sich dazu nicht hergeben, zumal ihr Opfer letzten Endes vergeblich sein und die Beschreitung des Weges technischer Betriebsverbesserungen verzögern würde. Der Achtstundentag hat allmählich zweifellos zu einer intensiveren Arbeitsleistung geführt. Wenn dies bisher nicht deutlicher in einer Steigerung der Produktion zum Ausdruck gekommen ist, so ist das auf eine Reihe hemmender Faktoren zurückzuführen, wie sie u. a. die Inflationsperiode mit sich brachte, wie auch auf betriebstechnische Rückständigkeit. Die Spekulation darauf, die Arbeitsleistungen um soviel Prozent bei längerer Arbeitszeit gesteigert zu sehen als die Verlängerung über 8 Stunden hinaus auf Grund der Achtstundentagsleistung rein rechnerisch ergeben würde, ist verfehlt. Sie geht schon so weit, einen Vorteil darüber hinaus aus dem Umstande zu konstruieren, daß bei längerer Arbeitszeit die Essenspausen des Achtstundentags sich mehr verteilen. Man glaubt sich des Einverständnisses der Arbeiterschaft ohne weiteres sicher, auch bei längerer Arbeitszeit die Essenspausen so weit als irgend möglich einzuschränken, um früher Feierabend zu bekommen. Tatsächlich besteht die Gefahr, daß die Arbeiter dem begreiflichen Bestreben, möglichst früh nach Hause zu kommen, die gesundheitslich gebotene Rücksicht auf ausreichende Arbeits- und Essenspausen gänzlich unterordnen. Die Gewerbeärzte warnen eindringlich davor. Schon die Pausen bei achtfündiger Arbeitszeit waren durchweg zu kurz. Das Unternehmertum will sie auch bei verlängerter Arbeitszeit nicht verlängern, während sie schon bei achtfündiger Arbeitszeit erweitert werden müssen.

Die staatsmännische Maste mit den biedermännischen Sorgenfalten um das Volkswohl, die der Kapitalismus aufseht, um zur höheren Ehre des Mehrwertes die Notwendigkeit der Beseitigung des Achtstundentages und des Niedrighaltens der Löhne zu verfechten, kann die Arbeiterschaft nicht mehr täuschen. Ihre Bereitwilligkeit zur Leistung wirklich notwendiger Ueberstunden ist ihr als Naivität angekreidet worden. Man will unbezahlte Ueberstunden als Dauereinrichtung, den neun-, zehn- bis zwölfstündigen Arbeitstag und dann gelegentlich noch Ueberstunden.

Entweder Unterwerfung unter das Diktat der Unternehmer oder Gegenwehr! Eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Und selbst wenn die eine oder andere Gruppe, ja selbst wenn die gesamte Arbeiterschaft in diesem Kampfe unterliegen sollte, die Unternehmer sollen solchen Sieges nicht froh werden. Der Arbeiter muß zu keiner rein körperlichen Selbsterhaltung seine Kräfte bei längerer Arbeitszeit in ganz anderem Maße schonen als etwa beim Achtstundentag. Zumal sein Arbeitsverdienst keine ausreichende Ernährung zuläßt. Gegenwehr gegen verlängerte Arbeitszeit, so lange, bis das Unternehmertum zu der Einsicht gekommen ist, daß es den Achtstundentag als gegebenen Faktor in seine Kalkulation einstellen muß.

Darum gewerkschaftliche Organisation, gewerkschaftliche Disziplin und gewerkschaftliche Solidarität!

*) S. Gewerkschaftszeitung Nr. 18: „Arbeitspausen“. Von Landesgewerbeamt Dr. Teleky.

Sozialdemokratische Frauen. Donnerstag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Versammlung. Wichtiges Tagesordnung.

Der Vorstand 7 1/2 Uhr im selben Saal. L. Jaekstadt.

Außerordentliche Geldheine. Die Reichsbank läßt die aufgerufenen Noten zu 5 Billionen Mark (I. und II. Ausgabe), zu 10 Billionen Mark (I. und II. Ausgabe) und zu 100 Billionen Mark (I. Ausgabe), die bereits seit dem 5. bezw. 20. April 1924 nicht mehr gesetzliche Zahlungsmittel sind, nur noch durch die Reichsbankhauptkasse, Abteilung für außerordentliche Reichsbanknoten, Berlin SW. 19, Kurstraße 38, ein. Die aufgerufenen Noten sind daran erkennbar, daß sie im Gegensatz zu den späteren Emissionen denselben Wert auf der Rückseite unbedruckt sind.

Eine Bekanntmachung über die Vorauszahlung der Gewerbesteuer erläßt das Finanzamt im amtlichen Teil der heutigen Ausgabe unseres Blattes.

Baugewerksbund. Fachgruppe der Töpfer. Ueber die Firma Borgfeldt, Inhaber Kubli, ist wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages die Sperre verhängt. Kein Töpfer darf dort in Arbeit treten. Der Vorstand.

An die Betriebsräte, Betriebsobleute, Baudelegierte!

An die freigewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Kleinbetrieben!

Von der Internationalen Arbeiterhilfe (I. A. H.) werden Aufforderungen zu Sammlungen und Anschluß verschickt. Wir erlauben dringend alle Funktionäre, jede Gemeinschaft mit der I. A. H. abzulehnen, da diese eine rein kommunistische Organisation ist, mit dem ausgesprochenen Zweck, über die scheinbare Hilfe in Notfällen Zerstörungstendenzen in die Arbeiterorganisationen zu tragen.

Wir verweisen alle Gewerkschaftsmitglieder auf den Artikel im Lübecker Volksboten am Montag, dem 12. ds. Ms.

Genossen! Gedankt der eigenen Hilfe, die ohne Kadau und sonstigem Tamtam gegeben wurde und wird in der richtigen Erkenntnis gewerkschaftlicher Solidarität.

Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Lübeck. Dreyer.

An die Arbeiter, Angestellten und Beamten Lübecks!

Zur Unterstützung der im Abwehrkampf und in der Auslieferung befindlichen Bergarbeiter haben die Spitzenorganisationen eine Geldsammlung beschlossen.

Wir ersuchen die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Sammlung sofort und tatkräftig in den Betrieben zu eröffnen.

Sammellisten werden umgehend an die Gewerkschaftsvorstände versandt.

Wer schnell gibt, gibt doppelt! Der Kampf wird für uns alle geführt. Brecht die Mächtigkeits des Grubenkapitals!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Lübeck. Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Lübeck. Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Ortsausschuß Lübeck.

Neue Verhandlungen auf den Seeschiffswerften.

Zu dem Kampf auf den Seeschiffswerften erfahren wir, daß im Laufe dieser Woche, wahrscheinlich am Freitag, die Parteien nochmals zu einer Verhandlung zusammentreten werden. Im Anschluß daran soll eine Paritätärkonferenz, die aus Vertretern aller Werftorte besteht, stattfinden und zu dem Ergebnis der neuen Verhandlungen Stellung nehmen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, 8 Uhr findet die erste und letzte Wiederholung von Wagners „Götterdämmerung“ statt. Die Partien der Brünnhilde wird des Hagen werden von Gästen gesungen werden. Donnerstag: Gastspiel Alice Berden vom Stadttheater Dresden in den beiden Bründbergischen Einaktern „Gräulein Julie“ und „Mit dem Feuer spielen“. Freitag: „Carmen“.

Sanjaththeater. Von der großen Lokalposse „An de Ede von de Steenstrook“ finden nur noch vier Aufführungen statt.

Angrenzende Gebiete.

Selmsdorf. Die Abonnenten unseres Blattes werden gebeten, den Bezug des „Lübecker Volksboten“ für Juni dieses Jahres nicht mehr bei der Post zu erneuern, weil wir vom 1. Juni ab den „Volksboten“ den Lesern durch Austräger am Erscheinungstage zustellen lassen. Die Verbreitung des „Volksboten“ in Selmsdorf hat der Genosse Johann Borchert übernommen und bitten wir, alle Bestellungen auf unsere Zeitung bei dem Genannten aufzugeben.

Hamburg. 3 sozialdemokratische Abgeordnete. Nach den endgültigen amtlichen Zahlen fällt der Sozialdemokratischen Partei und den Kommunisten insolge ihrer Verbindung mit den entsprechenden Vorläufigen des Wahlkreises 13 Schleswig-Holstein je ein weiterer Sitz zu. Es sind also gewählt: Johannes Büll, Hamburg (DVP), Peter Grafmann, Berlin (SPD), Frau Johanne Reiche, Hamburg (SPD), Franz Lauffötte, Hamburg (SPD), Walther Daus, Hamburg (DVP), Ernst Thalmann, Hamburg (KPD), Frau Friede Goffe, gen. Ruth Trüher, Berlin (KPD), Carl Gottfried Gof, Altona-Deichmarischen (DVP), Carl August Brelbaum, Hamburg (DVP).

Hamburg. Für fortschrittliche Schulpolitik. Am Sonntag fanden in sämtlichen Hamburger Schulen die Eltern-

ratswahlen statt. Nach dem bis jetzt vorliegenden fast vollständigen Ergebnis (es fehlen nur noch einige Ergebnisse aus dem Landgebiet und von höheren Schulen) hat die von der Sozialdemokratie unterstützte Liste „Schulfortschritt“ die absolute Mehrheit weit überschritten. Es erhielten Sitze: Liste Schulfortschritt 1097, Kommunisten 94, Demokraten 24, Liste des Eltern-Bundes (sozialparteiliche Richtung) 273 und der Evangelische Elternbund (von den Deutschnationalen unterstützt) 426. Das Ergebnis dieser Wahl, von der auch die Zusammensetzung der Elternkammern abhängt, ist eine sehr hoch einzuschätzende Anerkennung der fortschrittlichen Schulpolitik, die in Hamburg von der unter sozialistischer Leitung stehenden Oberstulbehörde betrieben wird.

Hamburg. Ein preussisches Generalkonsulat in Hamburg. Die Preussische Regierung hat beschlossen, in Hamburg ein Generalkonsulat zu errichten, nachdem die frühere Gesandtschaft wegen der veränderten Verhältnisse und der Finanzlage vor einiger Zeit eingeleitet wurde. Zum Generalkonsul wurde der preussische Kommerzienrat Carl Bödiker ernannt.

Kiel. Ein Reinfall der Germaniawerft. — Sieben ganze Streikbrecher. Ueber ein Vierteljahr stehen die Arbeiter der Germaniawerft im Abwehrkampf. Alle Willkürakte der Werftgewaltigen haben sie nicht klein lassen können. Das hat auch die Leitung der Germaniawerft spürbar eingesehen. Und weil sie merkt, daß sie mit brutaler Gewalt nicht zum Ziel kommt, versucht sie es mit süßlichem Zureden. Dem sechsten Teil ihrer Belegschaft, und zwar den Arbeitern, die sie für „vernünftig“ und „arbeitswillig“ hielt, schickte sie einen Einschreibebrief, in dem mit honigsüßen Worten gebettelt wird. Es heißt da: „... Der Achtstundentag soll nicht grundsätzlich abgeschafft werden, die neunste Stunde wird sogar in der Weise höher bezahlt, daß für jede Stunde des neunten Tages ein Aufschlag bezahlt wird. Es wird auch angerechnet, daß ein Arbeiter in der Woche 29,10 bis 31,50 Mk. verdienen kann, und daß besonders tüchtigen, gelerntem Leuten außerdem eine Zulage, nicht akkordfähige Zulage gewährt werde.“ Ueber diese honigsüßen Redensarten haben nichts verlangt! Ganze Reihen Arbeiter, und zwar sogenannte Gelbe, haben die Arbeit aufgenommen. Eine großangelegte Aktion gegen die arbeitslosen Arbeiter ist damit gescheitert. Ob die Werftbesitzer endlich daraus lernen?

Bremen. Aussperrung im Baugewerbe. Weil in Bremen auf einzelnen Bauwerken wegen Lohnrückzahlung die Arbeit eingestellt wurde, sperrten die Bauunternehmer nicht nur in Bremen, sondern auch in einzelnen Orten des Unterweser-Emsbezirkes, die Bauarbeiter aus.

Bremen. Der bremische Haushalt für 1924. — Die Einnahmen und Ausgaben mit 48.697.910 Goldmark ab. (Der Haushalt 1923 schloß in Einnahmen mit 45.771.573 Mark, in den Ausgaben mit 49.960.496 Mark ab.) In hauptsächlichsten Einnahmen sieht der Haushaltsplan vor: Anteil an Reichseinkommensteuer und Körperschaftsteuer 15 Millionen Goldmark, an Grund- und Gebäudesteuer 5 Millionen Goldmark, an Weisener 4 Millionen Goldmark, an Grunderwerbsteuer nebst Zuschlag 1,5 Millionen Goldmark, Umsatzsteuer 1,2 Millionen Goldmark. Aus dem Verkehrswesen (Häfen und Eisenbahnen) sollen 3,5 Millionen Goldmark herausgeholt werden. Von den Einnahmen wird ein Drittel durch die Beamtengehälter in Anspruch genommen. Bremen hatte einschließlich der Ordnungspolizei am 1. October 1923: 8655 Beamte und Angestellte. Dieser Beamtenstand ist heute von 6052 auf 5424 Beamte vermindert. Die Beamtengehälter sind für 1924 mit 16 Millionen Goldmark in den Haushalt eingestellt, doch wird voraussichtlich durch kommende Gehaltserhöhungen eine Erhöhung der Gesamtsumme von 10 Millionen auf 20 Millionen Goldmark eintreten. Für diese Erhöhung ist noch keine Deckung vorgesehen. Für das Unterrichtsverwesen sind 6.587.000 Goldmark eingestellt in den Ausgaben, denen nur 767.600 Goldmark Einnahmen gegenüberstehen. Die gesamte Mittlage figuriert mit 5,5 Millionen Goldmark Ausgaben und 687.000 Goldmark Einnahmen im Haushalt.

Emden. Schiffsexplosion auf der Ems. Der Dampfer „Migdi“ der Allgemeinen Speditionsgesellschaft Emden, ist auf der Ems durch eine Kesselexplosion gesunken. Die Maschinisten sind umgekommen, während die übrige Mannschaft gerettet worden ist.

Hannover. Ein schrecklicher Unglücksfall trug sich in Bietzenhausen zu. Nach dem Gemühe von konventionellem Joch das anscheinend nicht mehr einwandfrei war, erkrankte der Landwirt Wolf mit Frau und Kindern derartig schwer, daß er mit seiner Frau und einem eben verheirateten Sohne starb, während die beiden anderen Kinder noch im Krankenhaus daniiederliegen, ohne daß Hoffnung besteht, sie am Leben zu erhalten.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Lübeck.

Untersuchung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Senat legt der Bürgerschaft einen Bericht der Sonderkommission zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit mit dem Bemerken vor, daß er denselben der Senatskommission für Handel und Schiffahrt, der Finanzbehörde, der Baubehörde und der Arbeitsbehörde sowie dem Wohlfahrtsamt zur Kenntnisnahme und Nachachtung überweisen hat. Der Bericht ist auch dem Lübeckischen Geländeten zur geeigneten Verwertung bei sich bietender Gelegenheit zugänglich gemacht worden.

Wir geben den von Senator Dr. Kalkbrenner unterzeichneten Bericht im Wortlaut wieder:

„Angesichts der in Lübeck während dieses Winters herrschenden Arbeitslosigkeit hat der Senat eine Sonderkommission aus sachkundigen Personen aus den verschiedenen Kreisen der Wirtschaft und der Verwaltung eingesetzt, die ohne Rücksicht auf den politischen Standpunkt ihrer Mitglieder die Ursachen der vorhandenen Arbeitslosigkeit untersuchen und Vorschläge machen sollte, wie unter Heranziehung der Privatwirtschaft die Arbeitslosigkeit gemindert oder beseitigt werden kann. Die Kommission, die sich der Verantwortung und der Schwierigkeit ihrer Aufgabe von vornherein wohl bewußt war, hat einerseits durch mündliche Verhandlungen im Kreise ihrer Mitglieder, andererseits durch eine über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgehende Erhebung bei hiesigen Wirtschaftsunternehmungen, die verschiedenen Ansichten und Meinungen über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Möglichkeit ihrer Behebung festzustellen gesucht. Das Ergebnis ihrer Ermittlungen hat die Kommission in dem nachstehenden Bericht niedergelegt:

Was den Umfang der Untersuchung der Kommission anlangt, so wurde man sich zunächst darüber klar, daß diese sich auch auf die allgemeinen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ursachen erstrecken müsse. Ein Herausgreifen der für Lübeck besonders in Betracht kommenden Ursachen hätte als zu einseitig und nicht befrie-

digend angesehen werden können, da sie mit den allgemeinen wirtschaftlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland im engsten Zusammenhange stehen. Trotzdem ist natürlich auf die besonderen Lübecker Verhältnisse der größte Nachdruck gelegt worden.

Der letzte Grund für die Arbeitslosigkeit muß zu einem großen Teil in der allgemeinen wirtschaftlichen Depression gesucht werden, die sich als eine Folge und Nachwirkung des Krieges über den ganzen Weltmarkt erstreckt. Während das Ausland schon längere Zeit unter dieser Depression gelitten hat, machte sie sich in Deutschland erst in den Auswirkungen des Hungerkampfes, der damit als direkter Anlaß zur Krise angesehen werden muß, bemerkbar. Während der fortschreitenden Inflationswirtschaft konnte Deutschland immer noch billiger produzieren als das Ausland, jedoch die Konkurrenz des Auslandes unterboten werden konnte. Das Blatt wendete sich, als in Deutschland die Papiermarktrechnung durch eine anfänglich verfehlte, später offene Goldmarktrechnung ersetzt wurde, also nicht mehr die Papiermarktpreise, sondern Goldmarktpreise für die Kalkulation maßgebend wurden. Damit ergab sich, daß die gesamte deutsche Produktion, die nicht mehr im Entwertungsfaktor einen Ausgleich ihrer Preisberechnung auf Grund der stets steigenden Produktionskosten besaß, zu teuer arbeitete und daher mit dem Auslande nicht mehr konkurrieren kann. Diese Uebersteuerung der Produktion ist, verglichen mit der vorhandenen ausländischen Konkurrenz, für alle einzelnen Produktionsfaktoren: Kapitalzins, Materialpreise, Generalanlöhne festzustellen. Eine Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft und die Behebung der Arbeitslosigkeit wird also in einem Abbau der Preise zu bestehen haben. Besonders verhängnisvoll wurde dieses Zurückbleiben der deutschen Wirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch das Sinken des französischen Franken zur Zeit, als man in Deutschland die Goldmarktrechnung eingeführt hat. Derselben Erscheinungen der Unterbietung durch Inflation wirkten sich nun zu Gunsten der französischen Industrie zum Schaden der deutschen aus. Die deutsche Eisenindustrie, die mit

Ihren Produktionskosten sich einem solchen Wettbewerb nicht anpassen kann, leidet schwer darunter und ist nicht in der Lage, ihren Betrieb unter solchen Bedingungen in vergrößertem Umfange aufrecht zu erhalten. In dieser Beurteilung der wirtschaftlichen Lage stimmen die Unternehmer mit den Arbeitern überein, die Vertreter der letzteren allerdings mit der Einschränkung, daß die Entlassung eines wesentlichen Teils der Arbeitnehmer nicht unbedingt erforderlich gewesen wäre. Zum mindesten wird die Notwendigkeit eines so schnellen Tempos in der Entlassung von dieser Seite angezweifelt. Ferner wird von Seiten der Arbeitnehmer die Inflation nur im letzten Stadium ihrer Entwicklung als Ursache der Arbeitslosigkeit anerkannt, während sie vorher, solange für die Wirtschaft eine einigermaßen mögliche Anpassung gegeben war, gerade zu einer Scheinblüte der deutschen Industrie geführt hat. Wollta übereinstimmen dagegen beide Interessengruppen darin, daß die Ueberproduktion der Preise, verglichen mit den Weltmarktpreisen, zu wesentlichen Einschränkungen der Bestellungen und damit zur Arbeitslosigkeit geführt haben. Also auf einen Abbau der Preise wird nach übereinstimmender Ansicht hingearbeitet sein.

Außer diesen allgemeinen Ursachen der Arbeitslosigkeit sind es eine Reihe von besonderen Umständen, die die Massen-Arbeitslosigkeit verursacht haben. Für die Werften wurden im Laufe des verfloffenen Jahres die letzten Aufträge aus dem Wiederaufbauprogramm der Deutschen Handelsflotte erledigt. Infolge des inzwischen eingetretenen Umschwungs auf dem Weltfrachtenmarkt und bei dem starken Ueberangebot an Tonnage blieben neue Aufträge für die Werften fast ganz aus. Auch Aufträge auf Dockbauten und Hochbau- und Schiffsbauaufträge konnten nur in geringem Umfange von den Werften heringeholt werden.

Die Verordnung des Reiches vom 29. Oktober 1923, die Einstellung der Zahlungen für Reparationslieferungen betreffend, zwang ebenfalls die beteiligten Werke zu plötzlichen, sehr starken Entlassungen von Arbeitern und Angestellten. Die rigorose Durchsührung dieser Verordnung hat auf eine Steigerung der Arbeitslosigkeit stark hingewirkt. Von Arbeitnehmerseite wird allerdings die Ansicht vertreten, daß die plötzliche Einstellung der Reparationslieferungen nicht in einem solchen Umfange zur Entlassung zu führen brauchte, da die großen Betriebe, die answärtigen Konzernen angeschlossen sind, wohl in der Lage gewesen wären, für eine gewisse Zeit auf eigene Kosten die Arbeiten weiter zu führen. Die Einstellung der Reparationsarbeiten hätte nach dieser Ansicht nur vorübergehend zu erfolgen brauchen, aber nicht einmal ein Verbot (mit Hilfe des Staates, oder sonstwie) sei nach dieser Richtung gemacht worden. In dem wir diese Aufstellung hier verzeichnen, glaubt sich die Sonderkommission einer Stellungnahme hierzu enthalten zu sollen, da der Vorwurf der Untätigkeit von den Unternehmern zurückgewiesen wird und da ferner einem Unternehmer schwerlich in dieser Weise Wege für sein Verhalten gewiesen werden können, zumal nicht anzunehmen ist, daß er nicht jeden brauchbaren Weg zur Aufrechterhaltung seines Betriebes beschreiten wird.

Die Ruhrbesetzung hat außer der allgemeinen wirtschaftlichen Bedeutung für die Förderung der Krisis bei den hiesigen Betrieben auch insofern großen Schaden verursacht, als verschiedene Werke von den Hauptquellen, von denen sie ihre Rohstoffe und Halbfabrikate bezogen haben und vorzugsweise nur beziehen können, abgeschnitten wurden. Es mußten diese Stoffe zum Teil teilweise von inländischen Lieferanten, teilweise sogar vom Auslande bezogen werden, was wegen der dortigen höheren Produktionskosten infolge der gesteigerten Nachfrage bei diesen Werken und infolge der höheren Transportkosten preissteigernd wirkte. Diese Preissteigerungen führten naturgemäß dahin, daß die Erzeugnisse der hiesigen Unternehmungen die Preishöhe des Weltmarktes überstiegen und damit das Hereinholen von Aufträgen nach dem Auslande unmöglich gemacht wurde, während die Inlandsaufträge infolge der Preissteigerung ebenfalls stark zurückgingen, da die Verbraucher bei der allgemeinen Verflechtung der Konjunktur sich einschränken und auch nicht mehr die genügende Kaufkraft hatten. Endlich ist auch durch die Ruhrbesetzung für verschiedene Werke ein sehr bedeutendes Absatzgebiet ihrer Erzeugnisse abgeschnitten worden; Aufträge aus dem Ruhrgebiet fielen vollständig weg.

Ein weiterer Grund für den Rückgang der Produktion und für die Steigerung der Arbeitslosigkeit liegt in dem großen Mißtrauen des Auslandes zu den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland. Einerseits fürchten die Ausländer für die Sicherheit ihrer An- und Teilzahlungen, sodas sie diese überhaupt ablehnen; andererseits befürchten sie unpunktliche Lieferungen, letzteres leider nicht mit Unrecht, da die unruhigen Verhältnisse in der Nachkriegszeit und anderes mehr eine pünktliche Einhaltung der Lieferfristen selbst bei bestem Willen der Betriebsleitung fast regelmäßig zur Unmöglichkeit machen. Die ausländischen Auftraggeber ziehen es deshalb schon seit längerer Zeit vor, ihre Aufträge an Mitbewerber aus anderen Ländern zu vergeben, insbesondere seit der Zeit, als die deutschen Werke nicht mehr in der Lage waren, die ausländischen Mitbewerber im Preise zu unterbieten.

Von mehreren Seiten werden die steuerlichen Belastungen der Industrie als ein Grund für die Zurückhaltung der Unternehmer in ihrer Betätigung angeführt. Zweifellos haben, wie auch von Arbeitnehmerseite hervorgehoben wird, die hohen Steuern, die beim Abbruch des Ruhrkampfes eingeführt wurden, die Entlassungen erheblich beschleunigt. Namentlich die völlige Ungewißheit in bezug auf bevorstehende steuerliche Lasten, das damit für das Unternehmen verbundene Risiko und die unproduktiven Arbeiten, die mit einer komplizierten Steuerberechnung verbunden sind, und die sich daraus ergebenden zeitraubenden Verhandlungen mit der Finanzverwaltung haben die Unternehmer in ihrer Tätigkeit gelähmt.

Neben den Steuergesetzen sind in diesem Zusammenhang die zahlreichen anderen Gesetze, Verordnungen und Vorschriften sozialpolitischer und anderer Inhalts aufzuführen, die in die wirtschaftliche Unternehmung eingreifen und mit ihrer Durchführung nicht nur erhebliche Kosten für das Unternehmen, sondern auch eine Menge von unproduktiver Mitarbeit und Hemmnissen des Betriebes verursachen. Auch von Seiten der Arbeitnehmer wird angegeben, daß die Erledigung der sozialen Vorschriften mancherlei Kräfte in Anspruch nimmt und das es deshalb Aufgabe einer klaren, übersichtlichen und verständlichen Gesetzgebung sein müsse, hier Wandel zu schaffen.

Für die Beschäftigung der im internationalen Wettbewerb arbeitenden Industrie ist, wie für die Industrie überhaupt, auch die Geldbeschaffung und Kreditgewährung ein Moment der Schwierigkeit. In zunehmendem Maße arbeiten vor allem englische Firmen damit, daß sie längeres Zahlungsziel gewähren, während die deutschen Werke angesichts der Verzögerung Deutschlands gehalten sind, schon bei Auftragserteilung und Fortlaufend, entsprechend dem Fortschreiten des Baues, sich starke Anzahlungen machen zu lassen, da sie nicht imstande sind, die Materialkäufe aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Dadurch gehen oft gerade die günstigsten Aufträge verloren.

Ferner wird als eine große Verhinderung der hiesigen Industrie und damit auch als eine Ursache ihrer Beschäftigungslosigkeit die Betätigung der Eisenbahnsabnehmer angeführt, durch deren Wegfall die Konkurrenzfähigkeit der hiesigen Unternehmungen schwer beeinträchtigt ist.

Waren die bisher dargelegten Ursachen der Arbeitslosigkeit von dem Gesichtspunkte des im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmens aus angesehen, so werden wir, wenn wir uns dem inländischen Markt zuwenden, als eine Hauptursache der Arbeitslosigkeit das völlige Darunterliegen des Baumarktes erkennen. Die allgemeinen Ursachen hierfür in den maßgebenden wirtschaftlichen Bestimmungen sind bekannt genug. Eine Vereinfachung der Vorschriften hinsichtlich der Finanzierung, als eine Tatsache muß aber der größte Mangel an Aufträgen für das Baugewerbe wegen seiner großen Bedeutung im weiteren Wirtschaftsleben Deutschlands hervorgehoben

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Länger denn 10 Wochen kämpfen die Werftarbeiter gegen wahnsinnigen Machdünkel der Werftbesitzer.

700 000 Arbeitsstunden

sind allein in Lübeck der deutschen Wirtschaft verloren gegangen. Wer angesichts dieser Zahl noch behauptet, der Neunstundentag sei eine wirtschaftliche Notwendigkeit, versucht die Bevölkerung irrezuführen.

Brutaler Unternehmerrücksturz und Machtkoller bestimmen den Arbeitgeber in seinen Maßnahmen.

Helfst alle, Lübeds Arbeitnehmer, diese wahnwichtigen Werftgewaltigen zurückzuweisen.

Gebe den Werftarbeitern jeder sein Scherlein!

Kauft Extramarken! Liebt Solidarität.

Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Lübeck. Dreger.

werden. In dieser Richtung ergreifen sich die Ausführungen der beteiligten industriellen Werke, der Handelsunternehmungen und Handwerksbetriebe. Für weite Kreise des Erwerbslebens wird eine Behebung der Arbeitslosigkeit nicht eher erreicht werden können, als bis die Bautätigkeit wieder in größerem Stile einsetzt.

Der Bericht über die Arbeitslosigkeit in Lübeck würde unvollständig sein, wenn nicht auch in kurzen Zügen auf die Verhältnisse des Hafensverkehrs eingegangen wird. Entlassungen der regelmäßig in den Verkehrsbetrieben beschäftigten Arbeiter haben kaum in größerem Umfange stattgefunden, wie wohl zeitweise eine Arbeitslosigkeit bis zu 25% vorkam. Wohl aber ist die Beschäftigung der unständigen Arbeiter im Hafen gegen Schluß des vorigen und mit Beginn des neuen Jahres ganz erheblich zurückgegangen. Doch hängt dieser Rückgang als eine Saisonercheinung auch mit den winterlichen Verhältnissen zusammen. Soweit es dem Lübecker Hafen in der Nachkriegszeit noch nicht wieder gelungen ist, ähnlich wie die Wettbewerbsbetriebe die früheren Verkehrsumsätze der Vorkriegszeit zu erringen, ist dies auf den bereits erwähnten zum großen Schaden Lübeds erfolgten Fortfall der Ausnahmetarife, auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Verhältnisse in Sowjetrußland und in den Randstaaten und endlich während des letzten Jahres auf die Ruhrbesetzung und damit auf das Fortbleiben der Transporte aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet zurückzuführen.

Genossenschaften.

Warenerzeugung

ist Sache der Konsumgenossenschaften.

Es ist absurd und doch ist dem so: die Gewerkschaften machen unter führender Mitwirkung von Betriebsräten der Fabriken, den Konsumgenossenschaften Konkurrenz in der Warenverteilung. Als die Reichsregierung den Gewerkschaftszentralen in Berlin die Mittel vorstreckte, um den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern den Bezug von Schuh- und Textilwaren zu möglichst niedrigen Preisen zu ermöglichen, konnte und mußte diese Last auf den Konsumgenossenschaften noch hingeworfen werden als Ausdruck einer sozialen Hilfeleistung des Staates, die durch die force majeure eines verlorenen Krieges und daraus folgender sozialer Volksnot gerechtfertigt war. Und als in den Notwintern der Nachkriegszeit und insbesondere während der Geldentwertungsperiode des Jahres 1923 ein Teil der deutschen Unternehmer dazu überging, die Lebensmittelversorgung, ihrer Arbeiter unter die sichergestellten Güter der Betriebsräte zu nehmen, mußten die Konsumgenossenschaften auch dies über sich ergehen lassen, weil sie zwar das Induzienotgeld derselben Unternehmer von den Arbeitern als Mitglieder der Konsumgenossenschaften anzunehmen verpflichtet waren, dafür aber weder Mehl noch Öl, noch Fett, noch Hülsenfrüchte usw. eintauschen konnten, weil diese lebensnotwendigen Dinge nur gegen Devisen zu haben waren, die im Besitz der Fabrikanten, hinwiederum die Konkurrenz gegen die Konsumgenossenschaften befruchteten.

Was, wie gesagt, in Zeiten höchster sozialer Not lassen sich Maßnahmen verstehen und rechtfertigen, die sonst grundsätzlich nicht von den Konsumgenossenschaften allein, sondern von den Gewerkschaften selbst, und zwar im eigenen Interesse, abgelehnt werden müßten.

Was sehen wir aber zu Beginn des Jahres 1924? In allen Teilen Deutschlands weitestens Beamtenorganisationen, Gewerkschaften und Betriebsräte mit den Unternehmern in der Konkurrenz gegen die Konsumgenossenschaften, so damit deren schwierige Lage nach der Marktabstabilisierung — allgemeiner Mangel an flüssigen Betriebsmitteln — noch mehr erschwerend. Auf der anderen Seite aber werden bei den Verbrauchergenossenschaften gewerkschaftliche Lohnforderungen erhoben und zum großen Teile durchgesetzt, die an sich durchaus berechtigt, aber noch lange nicht erfüllt sind.

So stellt sich zum natürlichen Betriebskapitalmangel die Konkurrenz der Gewerkschaften und Unternehmer gegen die Konsumgenossenschaften, die Höherbelastung mit Lohnkosten, um der Entwicklung der Konsumgenossenschaften gerade jetzt in der nächsten Zukunft, wo sie lebensnotwendiger als je sind, die schwersten Hemmnisse zu bereiten.

Es ist soziale Kurzsichtigkeit der Betriebsräte und Gewerkschaften, wenn sie verneinen, in der jetzigen Uebergangsperiode von der ausgeklügelten Papierwirtschaft zur beschiedenen Geldwirtschaft ihre Mitglieder auf diese Weise „schadlos“ halten zu können. Denn einmal ist die Tatsache festzustellen, daß die Konsumgenossenschaften schon längst wieder in der Lage sind, alle begehrten Artikel zu beschaffen, und zum andern birgt die Warenversorgung durch die Unternehmer, die hinter den Betriebsräten stehen, eine Gefahr der Abhängigkeit in sich, die man den Gewerkschaften ja nur angedeutet braucht, um sie darauf aufmerksam zu machen, daß ihre Verantwortung in dieser Frage riesengroß ist.

Gewiß gibt es eine große Anzahl von Unternehmern, die, lediglich sozialen Erwägungen folgend, ihren Arbeitern mit der Versorgung von Lebensmitteln und Kleidung entgegenkommen wollen. Aber ebenso sicher ist die Tatsache, daß das Prinzip „Ware statt Lohn“ von einem noch größeren Teile der Unternehmer im eigenen Interesse praktisch erprobt wird auf Kosten der Konsumgenossenschaften und der Arbeiter. Ist doch schon vor Jahren in Hamburg eine sogenannte „Gemeinnützige Groß-einkaufs-Gesellschaft“ — in Konkurrenz gegen die Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg — gegründet worden, die in einem von der „Konsumgenossenschaftlichen Rund-Ware statt Lohn“ von einem noch größeren Teile der Unternehmer den wirtschaftspolitischen Charakter und Zweck der Gründung betont, die niedrigen Löhne durch billige Warenlieferung auszugleichen und zu „stabilisieren“. Großunternehmungen, wie die Siemenswerke, Berlin-Brandenburg, gehen an die Errichtung von einigen 40 Verkaufsstellen für Angestellte und Arbeiter heran vor Jahren in Hamburg eine sogenannte „Gemeinnützige Groß-einkaufs-Gesellschaft“ hat bereits Schule gemacht.

Selbstverständlich wehren sich Zentralverband und Revisionen-verbände der Konsumgenossenschaften mit aller Energie gegen diese Entwicklung, die der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft zugunsten der kapitalistischen Privatwirtschaft den Weg zu verlegen bestimmt ist; aber die Gewerkschaften selbst müßten ohne

besonderes Zutun durchgreifend dafür sorgen, daß dem Unternehmertum die Beweisführung einer illegalen und illoyalen Konkurrenz zu Lasten der Beamten- und Gewerkschaftsorganisationen und Betriebsräte unmöglich gemacht wird.

Dazu bedarf es nur der peinlichen Beachtung der von den Gewerkschaften grundsätzlich anerkannten Richtlinie über die Abgrenzung ihres Tätigkeitsbereichs, wonach die Warenversorgung der Bevölkerung Sache der Konsumgenossenschaften ist. (Franz Feuerstein in „Die Gemeinwirtschaft“.)

Deutsche Auswanderung 1923.

Das Wirtschaftselend der Nachkriegsjahre hat bekanntlich die Auswanderung aus Deutschland nach Uebersee überaus begünstigt, sodaß im Jahre 1923 mit rund 115 416 Auswanderern eine Rekordziffer erreicht wurde. Die Zahl wird allem Anschein nach im Jahre 1924 noch überholt werden. Da der starke Abfluß an Menschen einschneidende Folgen für unsere Gesamtwirtschaft hat, interessiert es besonders, wie sich diese Deutschlandmüden zusammensetzen und aus welchen Berufen und Bezirken sie kommen.

Nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes wurden unter den deutschen Auswanderern 65 734 männlichen und 48 078 weiblichen Geschlechtes festgestellt; 34 466 waren verheiratet und 79 346 ledig. Die Zahl der Familien betrug 11 419, sodaß auf je eine Familie ein Kind entfällt. Ueber die Hälfte (Männer 59 Prozent, Frauen 54 Prozent) fanden im Alter von 17—30 Jahren, die alte Erfahrung wiederholend, daß immer der kräftigste Teil eines Volkes auswandert.

Von den 115 416 Auswanderern

famen:	auf 100 000 Einwohner:	gingen nach:
von Preußen	54 719	145 Europ. Länder 328 = 0,3 %
davon aus:		
Berlin	8 559	224 Nordamerika 98 576 = 81,1 %
Pommern	2 420	129
Sachsen	3 321	191 Mittel-Amerika 408 = 0,4 %
Schleswig-Holstein	5 157	339
Rheinland	8 266	116 Brasilien 8 920 = 7,7 %
Bayern	15 878	215
Bayern rechtsrh.	15 066	233 Argentinien 9 640 = 8,4 %
Waltz	812	89
Sachsen	7 203	148 über Südamerika 733 = 1,5 %
Württemberg	12 706	486
Waben	7 154	310 Afrika 635 = 0,5 %
Thüringen	2 254	142
Hessen	1 650	115 Asien 125 = 0,1 %
Hamburg	6 085	570
Bremen	2 666	832 Australien 51 = —

Die stärkste Zunahme entfällt auf Württemberg (5mal höher als 1922). Auf den Landungen als Auswanderungsgrund läßt die starke Beteiligung der agrarischen Gebiete Preußens gegen über Berlin schließen. Andere Ursachen ergeben sich aus dem Bericht der Abwandernden. Es waren beschäftigt in:

	männlich	weiblich	Prozent
Land- und Forstwirtschaft	11 805	5 098	14,9
Bergbau, Hütte, Saline	1 411	432	1,6
Industrie, Gewerbe, Baugewerbe	33 458	11 960	39,9
Handel, Versicherung	8 951	4 119	11,5
Verkehr, Gast und Schankgewerbe	2 446	682	2,7
Häusliche Dienste	249	11 315	10,2
Wechselseite Lohnarbeit	2 186	853	2,7
Freie Berufe, öffentl. Dienst	2 400	2 054	3,9
Ohne Berufe usw.	2 828	11 565	12,6

Neben den zahlreichen landwirtschaftlichen Kräften und den auswandernden Dienstmädchen, Wirtschaftserinnen usw. fallen die Abwandernden aus Industrie und Handel auf, mit denen unsere Wirtschaft manche gute Spezialkraft verloren geht, für die das Hauptstrom der deutschen Auswanderer aufnehmende Nordamerika Aufnahmegebiet ist. Im großen und ganzen steht die Zahl der auswandernden Industriearbeiter in einem annähernden Verhältnis zum Sinken unseres Exports, besonders der Maschinenkraft erfordernden Maschinenexport. Wir versuchen, die Zusammenhänge durch folgende Luftstellung zu erläutern:

Auswanderer Maschinenexport (in Tonnen)

1913	25 843	677 930
1922	36 527	542 234
1923	115 416	352 293

Das Jahr 1922 wies infolge der Inflation einen recht beträchtlichen Maschinenexport (u. a. Lokomotiven nach Rußland) auf, die Scheinkonjunktur hält die Auswanderungen in Vorkriegsgrenzen. Erst das Jahr 1923 bringt den Zusammenbruch unserer Exports und damit den Zwang, Menschen an Stelle von Waren zu exportieren.

Vermischte Nachrichten.

Ein Segelflugrekord. Beim Segelflugwettbewerb in Raiten gelang Ferdinand Schulz auf seinem Apparat „F. S.“ im Laufe des Sonntagvormittags zwischen dem Prodienberg und Stewietberg ein neuer glänzender Flug. Mit einer Abflughöhe von 46,4 Metern landete Schulz etwas höher auf der Predektuppe nach einer Flugdauer von 8 Stunden 42 Minuten 9 Sekunden. Damit hat Schulz den Weltrekord gebrochen. Der Flieger Martens hat gleichfalls am Sonntag einen erfolgreichen Flug unternommen und ist hart an der italienischen Grenze gelandet.

Grubenunglück. Auf der Gewerkschaft Hattorf bei Wacha o. der Werra wollte der Betriebsführer in einem Schacht, wo giftige Gase bemerkbar gemacht hatten, nach dem Rechten sehen. Als er sich in der Grube befand, entzündeten sich die Gase mit einem mächtigen ExploSION. Der Betriebsführer erlitt schwere Brandwunden, daß er bald darauf unter qualvollen Schmerzen starb. Als die Gattin des Verunglückten von dem Unfall Kenntnis erhielt, tötete sie sich durch einen Revolveranschlag. Das Ehepaar hinterläßt zwei Kinder im Alter von 1 bis 2 Jahren.

Rohainverhinderung in Sargen. Aus Trier wird berichtet: Hier fuhrn durch die Stadt zwei Autos, die beide einen mit zahlreichen Blumenkränzen geschmückten Sarg mit sich führten. Die Chauffeure erklärten, die in den Sargen befindlichen Leichen sollten in Frankfurt verbrannt werden. Am 25. April wurden die beiden Autos in Simmern angehalten, da sie die Unmenschlichkeit der französischen Zollbeamten erregt hatten. Man fand weder Leichen noch Knochen, sondern Rohain, das über die Rhein verschoben werden sollte.

Postverkehr durch die Luft in zwei Tagen nach Amerika. Durch Querspruch wird aus New York berichtet: Wie der Ministerialrat Wilbur hier in einer Rede mitteilte, wird das Len Luftschiff Z. R. 3, das gegenwärtig in Deutschland für die Vereinigten Staaten gebaut wird, nach seinem Eintreffen dieses Herbst von der Marine zu dem Versuch verwendet, zu erweisen, daß die Post zwischen den Vereinigten Staaten und Europa zwei Tagen oder weniger befördert werden könne.

Die verunglückten Weltkriegler. Wie Reuter aus Seattle meldet, sind der Weltkriegler Major Martin und sein Mechaniker lebend in Port Moller in Alaska aufgefunden worden.

Ein Radio-Zwischenfall. Ein Tag aus dem Leben eines Grubenbesizers. In England ist die Radiotelephonie schon eine allgemeine Einrichtung geworden und die Mitteilung, die herbeizurufen hören, ohne daß sie antworten können, eine gesellschaftliche Macht. Wohl wird sie noch nicht zu politischen Zwecken ausgenutzt, aber wiederholt werden bekannte, im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeiten eingeladen, über Gegenstände allgemeinen Interesses zu sprechen. So war kürzlich ein Vortrag

unseres Genossen Frank Hodges, des früheren Sekretärs der englischen Bergarbeiter und jetzigen Ministers, angelegt, der über „Ein Tag im Leben eines Bergarbeiters“ reden wollte. Da aber die Bergarbeiter eben jetzt in einem Streit mit den Grubenbesitzern stehen, um für einen solchen Tag etwas mehr zu erziehen, kam gerade als sich Hodges zum Reden niedersetzte, der Sekretär des Verbandes der Bergwerksbesitzer angelassen und verlangte das Manuskript der Rede zu sehen, um festzustellen, ob darin keine „parteiliche Stimmungsmache“ enthalten sei. Hodges lehnte energisch ab und gab das Manuskript dem Unternehmerjüngling nicht. Hingegen machte er ihm den Vorschlag, der Sekretär solle am nächsten Tage seinerseits einen Aufklärungs Vortrag halten: „Ein Tag aus dem Leben eines Grubenbesizers“ — sollte das Thema sein. Der Unternehmersekretär dankte und — verschwand. Die Aufklärung über die Strapazen des Bergwerksbesizers zu verkünden, ist selbst kein Radotelephon stark genug.

Der Zirkus Margismus in Rom wird ausgegraben. Die römischen Architekten unter Führung des Architekten Boni, des Leiters der Forumsbauten, wollen eine Ausgrabung von ungeheuren Dimensionen vornehmen; sie wollen nämlich den Zirkus Maximus, die Rennbahn des alten Roms, ausgraben. Genaue Untersuchungen über das Gelände sind bereits vorgenommen. Die Rennbahn lag in der Talenklung zwischen Palatin und Aventin und hatte eine Ausdehnung von 800 Meter Länge. Zu Beginn der Kaiserzeit faßte der Zirkus mehr als 100000 Zuschauer. Die letzten Spiele, Wagenrennen, wurden von den Götterkönigen abgehalten. Allmählich verödete und verumpfte die Gegend und die schweren Marmorbauten sanken in die Erde ein. Die Untersuchungen haben ergeben, daß ein großer Teil des Mauerwerks noch intakt ist. Man hofft bei der systematischen Ausgrabung kostbare Kunstwerke an das Tageslicht zu fördern.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ zu beziehen.)

Unter Weg. Die Arbeiterbewegung 1923. 56 Seiten, 8 Seiten Kunstdruck. Preis 0,50 Pf. Arbeiterjugend-Verlag Berlin SW 3, Lindenstraße 3. Der Hauptvorstand des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands gibt auch in diesem Jahre den Arbeitsbericht des Verbandes gedruckt heraus. Das kleine, schmucke Büchlein enthält in vielen Kapiteln eine recht lebendige Darstellung der geleisteten Arbeiten. Man merkt beim Lesen, hier herrscht die Absicht, nicht einen trockenen Gehaltsbericht mit vielen Zahlen und Statistiken zu geben, sondern das lebendige Schaffen zu schildern. Ein besonderes Kapitel ist dem größten Deutschen Jugendtag geweiht, dem 3. Deutschen Arbeiterjugendtag in Nürnberg am 11. August 1923. Und von ihm finden auch mehrere Bilder (Photographien), die auf gutem Kunstdruckpapier dem Buche eingefügt sind. Die Bilder bringen weitere Aufnahmen von Landheimen, Jugendtagen, Wehrmachtsgaststätten und Spielfesten und tragen außerordentlich zur Veranschaulichung der geleisteten Arbeit und des Geistes, der unsere Jugend besetzt hat.

Sport.

Gruppenpiel Mecklenburg — Lübeck.

0 : 4 (0 : 1), Golen 1 : 5.

Wie vorauszusehen, hat unsere Gruppenmannschaft die Mecklenburger geschlagen, aber dieses mal — nur mit viel Glück. Zum Spielverlauf kann man gar nicht viel sagen, weil nämlich, von einem Fußball gar keine Rede sein kann. Lübeck, erst sehr aufgeregt, kam kurz vor Halbzeit ein Tor, nein ein Abseitstor, erzielen. Von nun an werden die Angriffe von Lübeck aus gefährlich. Mecklenburg bricht nur dann und wann mal durch, kommt aber nur bis zu der mit viel Glück und Geschick spielenden Lübeckischen Verteidigung. Nach Halbzeit werden die Turhürliche von Mecklenburg weniger, jedoch der Lübeckische Sturm Angriff auf Angriff unternimmt und kann noch, wenn's auch mit Hilfe der Kasse ist, 3 Tore erzielen. Der Schiedsrichter, Genosse Stier von F. S. W., hat seine Aufgabe gut erledigt.

Ueber die Mannschaften möchte ich noch ein paar Worte verlieren. Wie schon vorige Woche gesagt, war die Lübecker Gruppenmannschaft in veränderter Form angetreten, die sich abseits nicht bewährt hat. Jeder Spieler versuchte möglichst noch höher zu schießen wie der andere. Der Sturm litt daran, daß jeder selbst Tore schießen wollte, es ging dies sogar so weit, daß sie dem anderen den Ball vom Fuß nahmen. Die Abwehrreihe war nicht eingesperrt und spielte viel zu hoch zu. Die Verteidigung war äußerst unsicher, nur der Torwächter konnte gefallen. Der hie-

sige Gruppenpielausschuss muß zum nächsten Spiel eine bessere und spielfähigere Mannschaft aufstellen, wenn die Gruppenmannschaft gegen Hamburg in der R. N. W. spielt.

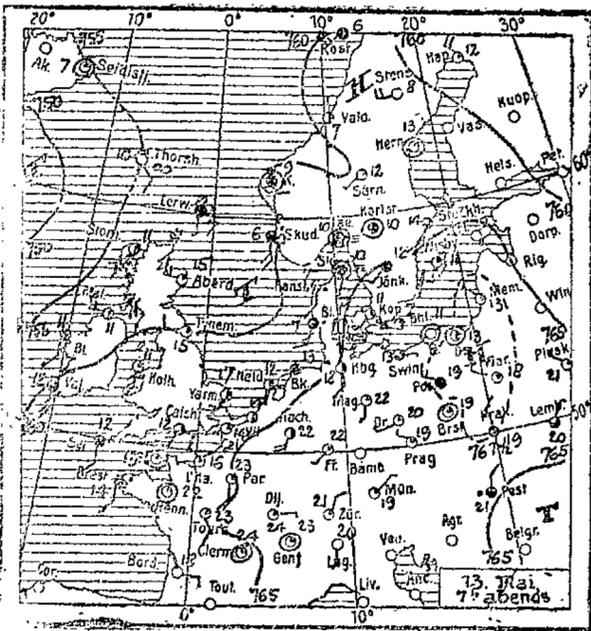
Die Mecklenburger waren genau so wie die Unserigen, nur noch etwas schlechter. Auch hier konnte nur der Torwart gefallen. Ja! Ich habe ja schon, sie überraschen gerne, aber diesmal leider nach der schlechten Seite.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Das Tiefdruckgebiet über dem Nordwesten Europas zieht sich langsam nordostwärts nach dem Nordmeer zurück. Ein Ausläufer lagert noch über Schottland, dürfte sich aber auch bald ausfüllen. Das Hochdruckgebiet über Mitteleuropa hat sich weiter entwickelt.

Vorhersage für den 14. und 15. Mai.

Zunächst heiter bis wolkig, meist trocken, warm, später etwas Gewitterneigung.



ERKLÄRUNG.
 O Wellenlos, O heiter, O halbbedeckt, O wolkig, O bedeckt, * Regen, * Schnee, O Wind, E Nebel, R Gewitter, S Schil, O sehr leicht, O leicht, O schwach, O mäßig, O frisch, O stark, O sehr stark, O Sturm, O Sturm, O voller Sturm Die Pfeile zeigen die Richtung der eingetragenen Winde (Sobaren) verbindet die Orte mit dem Meeresspiegel umgerechneten Barometerstände. Die an den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Die Ortsnamen auf der Wetterkarte.

(Ausgeschnitten und aufbewahren!)

Um ein klareres Bild auf den täglichen Wetterarten zu erzielen, sind an Stelle der bisher ausgeschriebenen Ortsnamen nur einzelne Buchstaben eingeleht. Nachstehend folgt eine kurze Liste mit der Bedeutung der Buchstaben:

- | | |
|------------------------|-------------------|
| A = Akeren | Kuop = Kuopio |
| Lerw = Lerwick | R = Rinn |
| Storn = Stornoway | Winst = Winst |
| Mial = Mainhead | Wln = Wilna |
| Bl = Bladsob | Hern = Hernöland |
| Val = Valencia | Särn = Särna |
| Aberd = Aberdeen | Jür = Zürich |
| Lnem = Lynemouth | Lemb = Lemberg |
| Hoh = Holzhead | Genf = Genf |
| Yarm = Yarmouth | Waf = Wafa |
| Calsh = Calshot | Pos = Posen |
| Sci = Scilly | Kraf = Krafau |
| Seydisfj = Seydisfjord | Bamb = Bamberg |
| Thorsf = Thorshavn | Prag = Prag |
| G = Guernsey | Haut = Hanstholm |
| Cor = La Coruna | Bst = Bornholm |
| Bord = Bordeaux | Best = Budapest |
| Toul = Toulon | Steni = Stenesele |
| Clerm = Clermont | Hap = Haparanda |
| Tours = Tours | Lug = Lugano |
| Dij = Dijon | Kop = Kopenhagen |
| Renn = Rennes | Tönt = Tontöping |
| Brest = Brest | Wisby = Wisby |
| L'Ha = Le Havre | Wald = Valderund |
| Par = Paris | Fae = Faerder |
| Cal = Calais | Stoph = Stockholm |
| Blis = Blijingen | Karst = Karstadt |
| Held = Helber | Unc = Ancona |
| Bort = Bortum | Ff = Frankfurt |
| Hba = Hamburg | Rst = Rost |
| Ewin = Ewinmünde | Ngr = Aram |
| R = Rügenwaldermünde | Rig = Riga |
| Dj = Danzig | Min = München |
| Mem = Memel | Brs = Breslau |
| Nach = Nachen | Dorp = Dorpat |
| Mag = Magdeburg | War = Warchau |
| Dr = Dresden | Belgr = Belgrad |
| Bl = Blaavandshtut | Pet = Petersburg |
| Fi = Finsland | Ben = Benedig |
| Hel = Helsingfors | Liv = Livorno |
| St = Stagen | |

Wer sich ausführlicher mit den Zusammenhängen der Wettervorhersage unterrichten will, kaufe sich die amtlich herausgegebene

Briefkasten.

C. S. Die Frage können wir nicht genau lösen. Wir schätzen die täglichen Unterhaltungskosten der im hiesigen Hafen gelegenen Torpedoboote und Kriegsschiffe auf 5000 Mark. — 1 Mt. für die Parteilasse überwiesen.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 13. Mai. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Inländisches Getreide war am heutigen Markt leicht gedrückt, weil der Absatz von Weizen und Roggen an die Mühlen stockt. Auslandsstorn wurde höher gehalten, aber die Umsätze blieben klein. Preise in Rentenmark per 1000 Kilogramm. Rentenmark 4,20 = 1 Dollar. Weizen 180—184, Roggen 128—132, Hafer 128—136, Winter- und Sommergerste 152—178 ab inländisch. Stationen eincht. Vormommern. Ausländische Gerste 148—170; Mais, loco, 182—186 Mt. frei Rainaggon. Deltwaren loco geschäftslos, nur für spätere Sichten zeigte sich beschränkte Frage.

Futtermittel. Hamburg, 13. Mai. Mais loco 0,20 Mt.; Reisfuttermehl (24proz.) 5,65; Roggenstroh 5.—; Palmstroh 5,70; Weizenkleie 5,70; Kofostroh 8,45; Palmstroh 8,70; inländ. Weizenkleie 5,70; Gerste, loco, 8,40 Mt., alles für Votoware. Tendenz: unverändert still und ruhig.

Kleinhandelspreisnotierungen des Hamburger Futurhandels. Hamburg, 13. Mai. Hafer 0,50, Milchfutter 8,75, Päckel 4,50, Wiesenheu, gebündelt 6.—, Preßstroh 4,25. Alles per Zentner in Rentenmark.

Rälber. Hamburg, 13. Mai. Es wurde gezahlt für 1 Pfund Lebendgewicht: feinste Marktälber 60—68 Pf., mittlere Marktälber 45—55 Pf., mäßig genährte Rälber 35—45 Pf., geringste Rälber 20—25 Pf. Marktaufuhr: 1996 Rälber. Handel sehr langsam.

Schweine. Hamburg, 13. Mai. Es wurde gezahlt für 1 Pfd. Lebendgewicht: Beste Festschweine über 250 Pfund 45—57 Pf., mittelschwere Ware über 220 Pfund 44—46 Pf., gute leichte Ware von 180—220 Pf. 42—44 Pf., geringere Ware 35 bis 39 Pf., beste Sauen 35—48 Pf. — Marktaufuhr: 4868 Schweine. Handel flau. In der zweiten Hälfte des Marktes sinkende Tendenz.

Ferkel. Rendsburg, 12. Mai. Den Schleswig-holsteinischen Ferkel- und Jungschweinemärkten vom 3. bis 10. Mai waren insgesamt zugeführt rund 2900 Stück gegen 2350 Stück in der Vormache. Der Handel gestaltete sich auf fast sämtlichen Märkten wieder langsam, nur auf einigen Märkten etwas belebter, und es konnten die Bestände auf den meisten Märkten nicht geräumt werden. Die Preise waren ähnlich denen der Vormache, neigten aber eher etwas nach unten als nach oben. — Der provinzielle Durchschnittspreis betrug für Ferkel von 4—6 Wochen 14—18, von 6—8 Wochen 19—24, über 8 Wochen 25—33 Goldmark. Für Ferkel mit Abstammungsnachweis wurden höhere Preise gezahlt. Nach Lebendgewicht kostete leichte Ware 60—70, gute leichte und mittlere Ware 70—80, beste schwere Ware 80—85 Goldpfennig das Pfund.

Hansa-Theater

Der Höhe -

des Gastspiels der plattdeutschen Hamburger Schauspieler ist die große Lokalposse in 4 Akten von F. W. Wroost:

„An de Eck von de Steenstrook ...“

Die 4 Abschiedsvorstellungen

Mittwoch Donnerstag
 Freitag 8 Uhr sonabend

Vorverkauf in den Zigarrengeschäften von H. Buse, Breite Str., Ecke Johannisstr.; Röhrich, Holstenstr., Ecke Schüsselbuden; Holstenhaus und an der Theaterkasse von 11—1 und ab 5 1/2 Uhr. (2444)

2. Norddeutsche

Sach- u. Industrie-Ausstellung

in Lübeck

für das Hotel- u. Gastwirts-gewerbe, Kochkunst, Volksernährung und einschlägige Artikel

in den gesamten Räumen der Hauptturnhalle (Mühlenstr.), Stadthallen und Kolosseum nebst Neben vom 10. bis einschl. 15. Mai 1924. (2411)

Interessant u. lehrreich für jedermann. Geöffnet v. 9 1/2 bis 8 Uhr.

Amtlicher Teil

Öffentliche Versteigerung

am 16. ds. Mts., vorm. 9 Uhr, im Gerichtshause:

50 Pfd. weiße Saat-Kruppböden, 1 Kraftwagen, 1 Motor (1,1 PS.), Fahrrad, 1 Radioapparat, 1 Koför, 1 Büffel, Schreibische, Bettstellen mit Matratzen, 1 Kleiderkasten, 1 Waschtisch mit Marmorplatte und Spiegel, Schreibschreibe, 1 Alkoholometer, 1 Partie Nimmenscheiden, 1 Riemenbahnen, Kugellager, Gewindeschneider u. a. m. (2434)

Das Gerichtsvollzieheramt.

Bekanntmachung.

Die Hebung der Kuttage beginnt am 15. ds. Mts.

Lübeck, den 14. Mai 1924. (2437)

Die Behörde für Stadtmünde.

Nichtamtlicher Teil

Brennabor-Kinderwagen billig zu verk. (2435) Scheiden-Schieffarre zu verkaufen. (2428) Fackelburger Allee 90. (2436) Scheiden-Schieffarre zu verkaufen. (2428) Fackelburger Allee 90. (2437)

Für die erwiesenen Aufmerksamkeit und Wohlfühlens danken (2449) Heinr. Carstens u. Frau Hansstr. 113 a.

Dankagung.

Allen denen, die unsrer lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen, insbesondere Herrn Pastor Zietz für seine trostreichen Worte unsern innigsten Dank. Carl Jürgens u. Kinder. Schwanau. (2452)

Alleinstehender Mann sucht leeres Zimmer gg. volle Friedensuntere. Ang. u. D 105 a. d. G. (2430)

Her-Fahrrad, gr. Kinderwagen u. Kinderstuhl zu verkaufen. (2447) Schönkampstr. 6a.

Zabelloses starkes Herrenrad zu verkaufen. (2442) Reifstr. 10b, l.

1 Sommerhut zu verk. (2456) Lüntzenhagen 26, 3.

Zugäng. u. Ferkel Stck. 15,34, verkauft. Klüwer, Schwart. A. 125. (2445)

1 Zugäng. zu verk. (2451) Carl Reichert, Kienfeld, Schnoorstr. 17.

Ferkel billig zu verkaufen Fahlentampweg 28-30. (2446)

Wäsche u. Kindergeräde wird gut u. billig angefertigt. (2424) Segebergstr. 9, l.

Ich nehme hiermit die Wörter, die ich gegen H. Rath ausgesprochen habe, zurück. (2450) Frau M. Schmüds.

Halb. Hofenträger Dauerwäse bestes deutsches Fabrikat Krawatten 2120 in großer Auswahl Stußen Aug. Janensch Sandstraße 6.

Für jedes Fest CLOBS-LEUCHT-SCHÄNKE H. Pilsener u. Aktionärpreis Handstr. 52. F. 1071 (2118) Karl Lender.

Marktballenst. 10 u. 11. Pikant. Käse, Margarine Schmalz, Speck sowie alle Fettwaren in bekannter Güte. (2060) Fr. Weingärtner, Marktballenst. 10 u. 11.

Dem geehrten Publikum von Remejfeld u. Umg. zur Nachricht, daß ich am 15. Mai meine Schlachterei mit Würstmaderei wieder eröffne. Da ich für reelle und prompte Bedienung stets Sorge tragen werde, ersuche mein Unternehmen gütigst zu unterstützen und zeichne mich hochachtungsvoll Otto Meetz.

Brennholzverkauf

bis auf weiteres jeden Dienstag von 3 Uhr nachmittags ab.

Katz & Klumpp. Schlutup

Kinderwagen Promenadenwagen Klappsportwagen Neueste Modelle: Brennabor, Naether, Phönix, Excelsior. Auswahl und Preiswürdigkeit unübertroffen. Ernst Brandes Lübeck (2421) Breite Str. 9

Ämlicher Teil

Öffentliche Sitzung des Verwaltungsgerichts
am Donnerstag, den 15. Mai 1924, nachmittags
4 Uhr im Verwaltungsgebäude, Fleischhauerstr.
20, Zimmer 25. (2425)

Gewerbliche Anlage!
(Veröffentlicht am 14. Mai 1924).

Die Firma G. Stobwasser in Verstedt bei Hamburg beabsichtigt in dem von ihr von der Finanzbehörde gepachteten Schuppen auf der Teerhoffinsel eine chemische Fabrik zur Herstellung von Bleicherde einzurichten. (§ 16 der Gewerbeordnung.) Einwendungen gegen das Unternehmen sind binnen 14 Tagen, vom Tage der Veröffentlichung der Bekanntmachung an gerechnet, beim Polizeiamt anzubringen. (§ 17 der Gewerbeordnung.) Später eingehende Einsprüche können in dem Verfahren nicht mehr berücksichtigt werden. Zeichnungen und Beschreibung über die Anlage liegen im neuen Polizeiamtsgebäude am Dom (Zimmer Nr. 55) während der gewöhnlichen Geschäftsstunden zur Einsicht aus. (2426)
Lübeck, den 12. Mai 1924. Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Am Sonntag, dem 18. Mai, findet in den Lübeckischen Landgemeinden Ditzau, Lummersdorf, Nasse und Rönkau die Wahl des Gemeinderats statt.
Wahlzeit: 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags.
Lübeck, den 13. Mai 1924.
Das Stadt- und Landamt.

Konkurrenzeröffnung.

Ueber das Vermögen der Firma Lübecker Drahtschiffabrik G. m. b. H. in Lübeck wird heute am 14. Mai 1924, vormittags 11 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Der Fabrikdirektor Nisch und der Rechtsanwalt Dr. Hinrichsen in Lübeck werden zu Konkursverwaltern ernannt.
Termin zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Feststellung eines Gläubigerausschusses und die im § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet am 18. Juni 1924, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.
Konkursforderungen sind bis zum 14. August 1924 bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet am 26. September 1924, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.
Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. August 1924 Anzeige zu machen. (2425)
Lübeck, den 14. Mai 1924.
Das Amtsgericht, Abt. II.

Gläubigerausschusses und die im § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet am 18. Juni 1924, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.
Konkursforderungen sind bis zum 14. August 1924 bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet am 26. September 1924, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. August 1924 Anzeige zu machen. (2425)
Lübeck, den 14. Mai 1924.
Das Amtsgericht, Abt. 2.

Konkurrenzeröffnung.

Ueber das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft in Firma Kahl & Co. in Lübeck wird heute am 14. Mai 1924, vormittags 11 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Der Fabrikdirektor Nisch und der Rechtsanwalt Dr. Hinrichsen in Lübeck werden zu Konkursverwaltern ernannt.
Termin zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Feststellung eines Gläubigerausschusses und die im § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet am 18. Juni 1924, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.
Konkursforderungen sind bis zum 14. August 1924 bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet am 26. September 1924, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.
Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. August 1924 Anzeige zu machen. (2425)
Lübeck, den 14. Mai 1924.
Das Amtsgericht, Abt. II.

Termin zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Feststellung eines Gläubigerausschusses und die im § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet am 18. Juni 1924, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.
Konkursforderungen sind bis zum 14. August 1924 bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet am 26. September 1924, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.
Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. August 1924 Anzeige zu machen. (2425)
Lübeck, den 14. Mai 1924.
Das Amtsgericht, Abt. II.

Gewerbesteuer.

Auf Grund des Gesetzes betreffend die Vorauszahlung auf die Gewerbesteuer im Kalenderjahr 1924 vom 12. Mai 1924 ist die Vorauszahlung auf die Gewerbesteuer für den Monat April in der Zeit vom 18. bis 17. Mai unter Benutzung des bereits in Händen der Steuerpflichtigen befindlichen Vorauszahlungsvordrucks für Einkommen- u. Steuer bei der Finanzkasse, Fleischhauerstr. 20, während der Geschäftsstunden von 8-12 Uhr vormittags, zu entrichten.
Die Vorauszahlung beträgt für die gewerbesteuerpflichtigen Personen und Gesellschaften 30 v. H. und für die gemäß § 1 Abs. 2 des Gewerbesteuergesetzes steuerpflichtigen Berufsgruppen (freie Berufe) 22 1/2 v. H. der auf die Einkommen bzw. Körperschaftsteuer zu leistenden Vorauszahlung.
Für die im § 2 des Gewerbesteuergesetzes aufgeführten gewerblichen Unternehmungen dienen als Grundlage für die Vorauszahlung auf die Gewerbesteuer diejenigen Beträge, die auf das Einkommen aus dem hiesigen Gewerbebetrieb entfallen würden, wenn die Inhaber der Unternehmungen hier Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer zu leisten haben würden. Eine Vorauszahlung auf die Gewerbesteuer findet nicht statt, wenn die Vorauszahlung für die Einkommensteuer und für die Körperschaftsteuer nicht mehr als 10 Mk. und vierteljährlich nicht mehr als 30 Mk. beträgt. (2426)
Lübeck, den 13. Mai 1924. Das Finanzamt.

Ausgabe aus der Senatsverordnung vom 11. April 1924 betr. den Verkehr mit Vieh im Bezirk der Stadt Hamburg während der Ausstellung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft: § 2.
Aus freien Gebieten dürfen Wiederkäufer und Schweine in die Viehmarkt- und Schlachthofanlagen oder sonst zu Handelszwecken in den Stadtbezirk Hamburg mit Ausnahme des Vororts Finkenwärder nur eingeführt werden, wenn für jede Sendung vom Verfügungsberechtigten ein Ursprungs- und Gesundheitszeugnis beigebracht wird.
Das Ursprungszeugnis muß von der zuständigen Ortspolizeibehörde ausgestellt sein und gleichzeitig die Angabe enthalten, daß der Herkunftsort der Sendung frei von Maul- und Klauenseuche ist und im freien Gebiet liegt. Das Gesundheitszeugnis muß von einem Tierarzt auf Grund einer Untersuchung, die nicht früher als 24 Stunden vor Abgang der Sendung stattgefunden hat, ausgestellt sein und hat sich auf den seuchensfreien Zustand nicht nur der Sendung, sondern

auch des Bestandes zu erstrecken, aus dem die Tiere stammen.
Die im Stadtbezirk auf den Offenbahnstationen und an den Landungsbrücken in St. Pauli und am Stadteich ankommenden Wiederkäufer und Schweine dürfen nicht abgeführt werden, bevor die Tiere durch den zuständigen beamteten Tierarzt untersucht und nach ihrer Herkunft (§ 1) als unverdächtig und nach dem Untersuchungsergebnis als frei von Seuchen erklärt worden sind.
Beim Fehlen vorschriftsmäßiger und vollständiger Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse ist die Entladung der Sendung in Hamburg zu verbieten. Die Tiere sind an den Herkunftsort zurückzuführen, wenn nicht vom Verfügungsberechtigten der Antrag auf Weiterverkauf nach einem anderen Bestimmungsorte gestellt wird.
Der Verfügungsberechtigte hat von der bevorstehenden Ankunft jeder Sendung, sofern es sich nicht um Schlachtochsen handelt, dem Stadttierarzt mindestens 12 Stunden vorher Anzeige zu machen. § 3.
In der Zeit vom 16. Mai bis 3. Juni sind die hamburgischen Schlachtochsenmärkte auf dem Gelände des Viehhofs Sternschanze abzuhalten. (2427)
Lübeck, den 13. Mai 1924.
Das Gesundheitsamt.

Viehseuchepolizeiliche Anordnung.
Zum Schutze der in Hamburg stattfindenden Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gegen Viehseuchen verordnet das Gesundheitsamt auf Grund der §§ 17 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) folgendes:
§ 1.
Wiederkäufer und Schweine aus Gehöften und Ortschaften des hiesigen Staatsgebietes, die wegen Maul- und Klauenseuche gesperrt oder unter Beobachtung gestellt sind, dürfen während der Zeit vom 16. Mai bis zum 3. Juni 1924 nicht in den Bezirk der Stadt Hamburg versendet werden.
Dasselbe gilt für Wiederkäufer und Schweine von Viehmärkten, von dem Schlachthofe und von der Seequarantänenanstalt.
§ 2.
Zwischenhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden gemäß § 74 ff. des Viehseuchengesetzes bestraft. (2427)
Lübeck, den 13. Mai 1924. Das Gesundheitsamt.

Größtes Spezialhaus am Plage.
Spille & v. Lühmann
Feine Herren- und Knaben-Kleidung.
Arbeiter-Berufskleidung.

„TROCADERO“
Fernsprecher 787 LUBECK Schüsselbuden 4
Täglich: Stimmungs-Konzerte.

Leser, berücksichtigt die Inserenten Eurer Zeitung!

Bevorzugen Sie
die Marken-Biere der
Witten-Brauerei
Lübeck - U. G.
Fernsprecher 9007 und 69.

Herren-Modewaren - Wäsche
Louis Graff
Holstenstraße 20
Hüte - Mützen

Größtes Spezialhaus für
Koffer, feine Lederwaren
Reisetaschen
P. Frankel
Breitestr. 35, Holstenstr. 4

Huxstraße 38 **Thams & Garfs** Breite Str. 58
Billigste Bezugsquelle in Kaffee - Tee - Kakao
und sämtlichen Lebensmitteln.

Welche Firmen müssen unsere Leser kennen?
A. Geschäftliche Rundschau und Dauer-Fahrplan. (Musterschutz).
Abfahrt der Züge von Lübeck nach:
Hamburg: 52*W, 740*W, 747, 943D*W, 1109, 126, 344*W, 408, 722, 829, 929 S, 925.
*Werktags bis Hamburg.
Travemünde-Niendorf: 521 W, 500†, 941, 125 S†, 297, 622 († nur bis Travemünde Stadt).
Südica (Lüneburg): 520 W, 500, 120, 600.
Lüba (Kiel): 714, 1245 W, 200 W, 623.
Segeberg: 130 W, 720.
Kiel: 729, 95† D, 1202 W, 524, 925 W. (Ohne Gewähr. - Musterschutz).

Konditorei und Café Stammer
Lindenplatz
ANGENEHMER AUFENTHALT!

Kohlen-Ihrke
Telephon 3605, 3606, 3607.

W. Schild :: Schlutup
Das vorteilhafte Einkaufshaus für
Damen-, Kinder-, Herren-Konfektion,
Manufaktur- und Kurzwaren.

Kaufhaus Max Kankel
Schlutup.

Promenaden-Café und Konditorei
Breite Straße 65 Fernsprecher 415
Täglich: Künstler-Konzert.

Hanseatische Torfverwertungs-Aktien-Gesellschaft
Lübeck, Engelsgrube 44.

Holz - Torf Großhandel.
Waggon-, Kahnladungen.
Fernsprecher 884. Tel.-Adr.: Torfbrikett.

Nur gute Schuhe
Schuhwarenhaus Auguste Popp
sind billig!

J. Ramm, Schlutup
Inh.: Fr. Etrop.
Leinen, Baumwollwaren, Wäsche,
Kleiderstoffe, Wollwaren, Strümpfe
Arbeiter-Berufskleidung.